neue

René Mayorga - Über die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt in Lateinamerika / 22. o. Delegiertenkonferenz des SDS / Resolution zur Hochschulpolitik / Resolution zum Kampf gegen Manipulation / Erich Eisner - Der gesellschaftliche Standort der Studentenbewegung / Frank Deppe - Parlamentarismus / Dokumentation - Leitsätze der Kampagne für Abrüstung zur Kritik autoritärer Meinungsbildung

kritik

November 1967

44

BERLINER RECHTSHILFE

Die Berliner Justiz beschäftigt die außerparlamentarische Opposition: Haftbefehle, Ermittlungsverfahren, Vernehmungen, Vorladungen.

Über zweihundert politische Verfahren laufen heute gegen Berliner Bürger — Studenten, Arbeiter, Angestellte und ausländische Bewohner. Eine Handvoll unabhängiger Juristen hat den Betroffenen Rechtshilfe geleistet — bis heute fast immer unentgeltlich. Diese Hilfe aber hat Grenzen. Eine Anwaltskanzlei kostet Geld. Gebühren müssen aufgebracht und Spesen ersetzt werden. Die Beschuldigten, die sich für ein politisches Anliegen des Westberliner Gemeinwesens einsetzen, sollen die Kosten für ihre Verteidigung nicht selbst aufbringen müssen.

Wir haben einen Fonds für Berliner Rechtshilfe eingerichtet. Wer der Opposition zu ihrem Recht verhelfen will, den bitten wir, mit einer Geldspende dazu beizutragen.

Unser Konto lautet: Republikanische Clubgesellschaft mbH,
Sonderkonto Rechtshilfe, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27,
Postscheckkonto Nr. 2035 45 Berlin-West.

Ein Kuratorium der unterzeichneten Verbände wird über die Verwendung der Mittel entscheiden und alle sechs Monate öffentlich Bericht erstatten.

AStA der Freien Universität Berlin, Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin, AStA der Pädagogischen Hochschule Berlin, AStA der Kirchlichen Hochschule Berlin, AStA der Hochschule für Bildende Künste Berlin, Evangelische Studentengemeinde Berlin, Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft Berlin, Humanistische Studenten-Union Berlin, Liberaler Studentenbund Deutschlands Berlin, Sozialdemokratischer Hochschulbund Berlin, Sozialistischer Deutscher Studentenbund Berlin, SJD — Die Falken, Landesverband Berlin, Internationale Liga für Menschenrechte — Sektion Berlin, Kampagne für Abrüstung — Regionaler Ausschuß Berlin, Republikanischer Club Berlin.

Inhalt

3	*Wolfgang Abendroth*	Heinrich Brandler
6	*René Mayorga*	Über die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt in Lateinamerika
		22. o. Delegiertenkonferenz des SDS
12	*Bernhard Blanke*	Vorbemerkung
15		Resolution zur Hochschulpolitik
28		Resolution zum Kampf gegen Manipulation
34	*Erich Eisner*	Der gesellschaftliche Standort der Studentenbewegung
48	*Frank Deppe*	Parlamentarismus
67	*Dokumentation*	Leitsätze der Kampagne für Abrüstung zur Kritik autoritärer Meinungsbildung

neue kritik, Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 44, September/Oktober 1967, 8. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut Schauer, Klaus Vack, Frank Wolff, Karl-Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke, Meino Büning, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon 77 64 22/77 86 70
neue kritik erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282 680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Ein Leben im Dienste der Arbeiterbewegung

Heinrich Brandler gestorben

Im Alter von **86** Jahren ist am 26. September 1967 in Hamburg Heinrich Brandler gestorben. Nur wenige alte Genossen und ein kleiner, aber lebendiger Kreis junger Arbeiter wußten noch um seine Existenz und nutzten die Erfahrungen der mehr als sechs Jahrzehnte sozialistischen Kampfes, an denen Brandler aktiv teilgenommen hat, um dann bis zu seinen letzten Tagen dessen Fortgang genau zu verfolgen. In jenem Deutschland allerdings, in dem im Westen nach dem zweiten Weltkrieg durch den Druck der Vereinigten Staaten die spätkapitalistische Klassengesellschaft wiederhergestellt wurde und im Staatsapparat die gleichen Kräfte wieder Einzug halten konnten, die vorher dem Dritten Reich gedient hatten, während sich im Osten zunächst die dogmatischsten Vorstellungen und Verhärtungen der stalinistischen Periode durchsetzen konnten, war sein Name für die breite Öffentlichkeit verschollen

Dabei hatte Heinrich Brandler in den Jahren zwischen 1921 und 1923 an der Spitze der Kommunistischen Partei Deutschlands gestanden, deren Gründung er an führender Stelle mit vorbereitet hatte. Unter seiner Leitung hatte sie die Isolierung überwunden, in die sie durch die Folgen der Märzaktion in Mitteldeutschland geraten war. Durch seine realistische Einheitsfront-Politik und vor allem durch die kluge Aktivierung der gewerkschaftlichen Arbeit, die seine Partei nicht zuletzt auf Grund der alten gewerkschaftlichen Erfahrungen Heinrich Brandlers verfocht, war die KPD, wie der Historiker der Weimarer Republik Arthur Rosenberg geschrieben hat, im Sommer 1923 zur damals von der Majorität der Industriearbeiter unterstützten Partei aufgestiegen, die fähig war, die Massen dazu anzuleiten, das Kabinett der Industriekapitäne und der Hochinflation unter Reichskanzler Cuno durch einen großen Streik davonzufegen. Das widerspruchsvolle Zusammenspiel zwischen Reichspräsident, Reichswehr, Großbourgeoisie, der Diktatur des Rechtskatholizismus in

Bayern und den faschistischen Wehrverbänden blieb dann aber im Oktober 1923 stark genug, die Arbeiterregierungen in Sachsen, wo Brandler als Leiter der Staatskanzlei tätig wurde, und in Thüringen unter Mißbrauch des Notstandsartikels der Weimarer Reichsverfassung zu sprengen und das Ziel der Politik des früheren Bauarbeiter-Sekretärs, auch im Reich eine Arbeiterregierung zu errichten, zu vereiteln. Brandler wollte die Inflationskrise durch sozialistische Maßnahmen zugunsten der Volksmassen überwinden. Der Sieg der Reaktion über die Arbeiterklasse erbrachte stattdessen deren Beendung zugunsten der Bourgeoisie und die endgültige Beschränkung des Weimarer Staates darauf, bürgerliche und nicht mehr soziale Republik zu sein. Aber immerhin war der Sieg des Faschismus zunächst abgewendet worden, der schon damals Deutschland bedrohte. Er kam erst in der nächsten großen Krise zustande, in der es nicht mehr möglich war, wenigstens für kurze Zeit größere Teile der beiden großen Arbeiterparteien zur Zusammenarbeit zu bringen.

Die über die Oktober-Niederlage enttäuschten kommunistischen Arbeiter haben damals diesen Mißerfolg Heinrich Brandler zugeschrieben, wahrscheinlich zu Unrecht. Er war nicht der Mann, angebliche Fehler zuzugeben, die er nicht einsah. Er ging als „einfacher Soldat der Revolution", wie sein Freund August Thalheimer und er es nannten, nach Moskau ins Exil und wurde Mitglied der KPdSU. Von dort aus hat er an der Überwindung der utopischen „linken" Fehler, die seine Partei in den folgenden Jahren machte, energisch mitgearbeitet und alle Versuche bekämpft, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung um parteipolitischer Illusionen willen zu gefährden, weil er in den Gewerkschaften die notwendige gemeinsame Organisation aller Arbeitnehmer und daher die große Schule ihres Klassenbewußtseins sah.

Als er im Oktober 1928 fürchten mußte, daß die Leitung der Kommunistischen Internationale und der KPD wieder zu einer „ultralinken" Politik der Ablehnung der Einheitsfronttaktik gegenüber den sozialdemokratischen Organisationen und zur Gefährdung der Gewerkschaftseinheit zurückkehren wollte, ging er gemeinsam mit seinem alten Weggenossen August Thalheimer, der die bis zum heutigen Tage genaueste Analyse der faschistischen Massenbewegungen und Herrschaftssysteme mit den Mitteln marxistischer Theorie schon damals geliefert hatte, wieder nach Deutschland. Er wollte die deutschen Kommunisten vor diesen Fehlern warnen. Im Januar 1929 wurden er und seine Freunde aus den kommunistischen Parteien ausgeschlossen. Seine kleine Gruppe verlangte vergeblich von den großen Arbeiterparteien den gemeinsamen Kampf für die sozialistische Überwindung der Weltwirtschaftskrise, die nun bald

ausbrach, und für die Abwehr der nationalsozialistischen Diktatur, die dann diese Krise durch Aufrüstung beendet hat, um sie durch den Krieg zu ersetzen.

Er hat seinen Kampf gegen das Dritte Reich als Leiter der Emigrationsführung seiner Gruppe fortgesetzt. Nach der Okkupation Frankreichs wurde er zusammen mit August Thalheimer nach Cuba verschlagen. Auch dort hat er jede Anpassung an eine Politik, die nach seiner Meinung verfehlt und für die Arbeiterbewegung verhängnisvoll war, genauso abgelehnt, wie er das einst als junger Gewerkschaftssekretär im ersten Weltkrieg getan hatte. Damals hatte er sich wie seine Lehrerin Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geweigert, die Kapitulation der Mehrheit der Sozialdemokratie vor der Politik des deutschen Imperialismus mitzumachen. Bei all seiner leidenschaftlichen Kritik am Stalinismus ist er der sozialistischen Oktoberrevolution, ihrem Staat und der Gedankenwelt Lenins stets treu geblieben. Er wußte, daß alle Entartungen des stalinistischen Terrorregimes und Dogmatismus den 7. November 1917 so wenig auslöschen konnten, wie über ein Jahrhundert vorher die Unmenschlichkeiten Robespierres gegen die anderen Fraktionen der Jakobiner den 14. Juli 1789 zunichte gemacht haben. So sehr er bedauerte, daß die Schreckwirkungen dieses — wie August Thalheimer formulierte — „barbarischen Sozialismus" Stalins die Ausnützung des Kriegsendes für die Aktivierung der Arbeitermassen der europäischen Industrieländer und den Weg zum Sozialismus in diesen Staaten unmöglich gemacht haben, so glaubte er doch zu wissen, daß gleichwohl sich am Ende der Weg zu Humanität und Sozialismus in der UdSSR und ihrem Herrschaftsbereich durchsetzen müsse. Deshalb verachtete er diejenigen seiner früheren Fraktionsfreunde, die wie Lovestone in den USA ins Lager des Antibolschewismus übergelaufen waren und sich an ihre herrschenden Klassen angepaßt hatten.

Er nahm seine Isolierung bewußt in Kauf, die immer größer wurde, nachdem er 1948 wieder nach Deutschland zurückgekehrt war. Er nahm sie als sein Schicksal hin, wie er sie 1914 und 1929 hingenommen hatte, um an der Erziehung noch so kleiner Arbeiterkader zum Klassenbewußtsein mit gutem Gewissen weiter teilnehmen zu können. Er hoffte darauf, daß diese Kader als Ferment neu erwachenden sozialistischen Kampfwillens dienen würden, wenn die Illusionen des Vertrauens in die kapitalistische Konjunktur bei deren Ende zusammenfallen würden. Ihm ist es stets um die Sache des Sozialismus, nicht um seinen persönlichen Ruhm gegangen, seit er schon vor der Jahrhundertwende als junger Arbeiter in die Reihen der Gewerkschaftsbewegung und der damals noch revolutionären Sozial-

demokratie eingetreten war. So wird Heinrich Brandlers Charakter ein Vorbild für neue Generationen der sozialistischen Bewegung bleiben, gleichgültig, ob man im einzelnen alle seine Entscheidungen billigt oder nicht.

Wolfgang Abendroth

Über die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt in Lateinamerika

Die gegenwärtige Lage Lateinamerikas ist in erster Linie gekennzeichnet durch eine allgemeine Krise seines sozial-ökonomischen Systems.[1] Als wesentlicher Bestandteil des imperialistischen Herrschaftssystems der USA sind die lateinamerikanischen Länder einem ökonomischen Prozeß ausgeliefert, der kraft eigener Logik die Probleme der industriellen Unterentwicklung, der halbfeudalen Agrarverhältnisse usw. und vor allem der Abschaffung von ökonomischen Machtpositionen der monopolkapitalistischen und neokolonialen Oligarchie nicht zu lösen vermag. Der Grad der Verschärfung, den die sozialökonomischen Widersprüche in Lateinamerika erreicht haben, beweist und erfordert immer mehr die Notwendigkeit, die Fesseln der neokolonialen Abhängigkeit abzuwerfen und die allgemeine Krise der lateinamerikanischen Gesellschaft und der Dritten Welt überhaupt als das Hauptmoment der Krise des imperialistischen Systems zu betrachten. Nun ist das spezifische Merkmal der gegenwärtigen Situation in Lateinamerika, daß die kubanische Revolution, indem sie praktisch und theoretisch das Niveau des revolutionären und anti-imperiali-

[1] Siehe F. Mieres y C. Medina, Crisis de estructuras y posibles vias de salida, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Mai 1967.

stischen Kampfes auf eine qualitativ neue Ebene erhoben hat — Hand in Hand mit dieser Verschlechterung der ökonomischen Verhältnisse — den systematischen Ausbau der politisch-militärischen Kontrollmechanismen der USA hervorgerufen hat. Mit der kubanischen Revolution nämlich ist im Bewußtsein des Imperialismus und dessen lateinamerikanischen Lakaien ein Riß entstanden, der das „göttliche" Recht der USA auf die Beherrschung der lateinamerikanischen Länder ernsthaft erschütterte. Diese Kontrollmechanismen haben die vornehme Aufgabe, die Monopolherrschaft und den ihr dienstwilligen politischen status quo zu befestigen, leistungsfähiger zu machen, und allen direkten militärischen Interventionen eine scheinheilige Legalität zu verschaffen. Die verstorbene Allianz für den Fortschritt,[2] deren Vorspiel die vom Pentagon und CIA veranstaltete Söldnerinvasion auf Kuba im April 1961 war; das erneute Aufblühen faschistischer Staatsstreiche in Brasilien, Argentinien und Bolivien, um nur einige Beispiele zu nennen; die brutale Intervention in der Dominikanischen Republik, die vom Pentagon geleitete und von einer segensreichen Militärhilfe gestützte Gewaltpolitik der lateinamerikanischen Regierungen gegen die fortschrittlichen Kräfte; die wiederholten Versuche, im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten eine interkontinentale Streitmacht zur Niederschlagung der sogenannten kommunistischen Subversion aufzubauen; die von dem CIA inspirierten soziologischen Forschungspläne zur genauen Kenntnis des revolutionären Potentials und seiner „Gefahren" — wie der Camelot-Plan in Chile — konstituieren wesentliche Elemente einer politisch-militärischen Globalstrategie, die deutlich zum Ausdruck bringt, wie der nordamerikanische Imperialismus in allen seinen Handlungen vom Bestehen einer kritischen, objektiv revolutionären Situation in Lateinamerika ausgeht. Diese repressive, konterrevolutionäre Politik läßt sich in drei Punkten zusammenfassen: 1. Die bedingungslose Unterwerfung der Völker und ihrer neokolonialen Regierungen unter das Diktat des USA-Imperialismus; 2. die unwiderrufliche Entscheidung, die bestehenden Ausbeutungsstrukturen durch gezielte und kontrollierte Reformen aufrechtzuerhalten; 3. die radikale Opposition gegen jede Bewegung, die sich zum Ziel setzt, Systemveränderungen vorzunehmen.

Auf diesen Prinzipien gründet die konterrevolutionäre Gewalt. Sie ist Moment einer historischen Dialektik, die die kubanische Revolution erweitert und vertieft hat, weil sie eine neue Epoche im säkulären Kampf

[2] Siehe Regis Debray, America Latina: Algunos problemas de estrategia revolucionaria, in: Casa de las Américas, Julio-Agosto 1965, S. 9

der lateinamerikanischen Völker gegen den USA-Imperialismus eingeleitet hat. Denn die kubanische Revolution stellt sowohl die Kontinuität als auch den Bruch in dieser revolutionären Tradition dar. So wie sie die Erfahrungen der demokratisch-bürgerlichen Versuche in Ländern wie Guatemala und Bolivien kritisch übernahm, hat sie auch jenen Weg aufgegeben und demonstriert, daß nationale Unabhängigkeit und Aufbau des Sozialismus nicht nur kein Gegensatz sind, sondern auch eine notwendige Einheit konstituieren. Mit der kubanischen Revolution als Anfang einer neuen, den lateinamerikanischen Ländern adäquaten Theorie und Praxis[3] wachsen — wie Che sagte — die Entschlossenheit zum Kampf, das Bewußtsein von der Notwendigkeit der revolutionären Veränderung, und die Gewißheit ihrer Möglichkeit. Die gescheiterten und erfolgreich weiterkämpfenden Guerrillabewegungen sind ein klares Zeugnis dafür, daß Theorie und Praxis der lateinamerikanischen Revolution sich vom Ballast traditioneller steriler Kampfmethoden befreien und eine Strategie und Taktik entwickeln, die unter dem Zeichen der kubanischen Revolution stehen.[4]

Nun ist die konterrevolutionäre Gewalt der sechziger Jahre eine Reaktion, die eine doppelte Natur aufweist: Sie versucht, die durch die Erstarkung revolutionären Bewußtseins verschärften Klassenkämpfe im kontinentalen Maßstab auszutragen und stellt sozusagen ein notwendiges Korrektiv, ein zusätzliches Mittel dar, um die dem ökonomischen System selbst inhärente Gewalt zu untermauern. Diese Gewalt des ökonomischen Systems in Lateinamerika ist genau so manifest, wie die physische Vernichtung durch militärische Interventionen. Sie ist ein permanenter Völkermord ohne Kriegserklärung, der in den elenden Verhältnissen der lateinamerikanischen Massen, in ihrem langsamen Hungertod furchtbare Gestalt annimmt. Während Lateinamerika als strategisches Rohstoff- und Investitionsgebiet, als Abatzmarkt und Basis von Kapitalakkumulation das USA-Imperium nährt,[5] nimmt seine Verelendung immer mehr zu. Zu diesem Komplex einige Zahlen: zwischen 1950 und 1965 machten die USA 3,8 Milliarden Dollar Direktinvestitionen. Im selben Zeitraum beliefen sich die Profite auf 11,3 Milliarden. Das heißt ein Verhältnis von etwa eins zu drei.[6] Die ökonomische Auszehrung kommt außerdem

[3] Regis Debray, Revolution in der Revolution?, Trikont-Verlag 1967.
4. A. a. O.
[5] Siehe J. Lorenz Schmidt, Die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker Lateinamerikas durch den USA-Imperialismus, in: Deutsche Außenpolitik, Gegenwartsprobleme Lateinamerikas, Sonderheft II/1961.
[6] F. Mieres y C. Medina, a. a. O., S. 63.

deutlich in der folgenden Zahl der CEPAL zum Ausdruck: Die lateinamerikanischen Länder haben allein im Jahr 1961 einen Verlust von 6,8 Milliarden Dollar gehabt, und zwar auf Grund der Verschlechterung der terms of trade, des Devisenabflusses und der Schuldentilgung[7], die zu einigen der wichtigsten Ausbeutungsmechanismen gehören. Dieser Verlust ist dreimal höher als der theoretische Betrag, der von der Allianz für den Fortschritt als jährliche Entwicklungshilfe festgelegt wurde.

Folgen dieser Ausbeutung sind die typischen Merkmale der Unterentwicklung, die in diesen Beispielen manifest werden: 1. 70 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung sind von der Landwirtschaft abhängig; 2. Konzentration des Landeigentums: 90 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche gehören 10 Prozent der Landeigentümer; 3. das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt zum Beispiel in Bolivien 75 Dollar, in Peru 123 Dollar; 4. die durchschnittliche Lebenserwartung ist zum Beispiel in Bolivien oder im Nordosten Brasiliens 30 Jahre; 5. der Analphabetismus erstreckt sich auf mehr als 50 Prozent der Bevölkerung[8]; 6. höchste demographische Wachstumsrate der Welt: 3 Prozent.

Das sind also einige Aspekte und Folgen eines Systems, dessen Struktur auf der spezifischen Verflechtung von monopolkapitalistischer Wirtschaft und halbfeudalen Agrarverhältnissen beruht, und als Ganzes eine Enklave und ein Hinterland des imperialistischen Systems darstellt. Um mit Carlos Fuentes zu reden: Lateinamerika ist die Ruine eines feudalen Schlosses mit einer kapitalistischen Fassade aus Pappkarton[9].

Damit sind auch der Rahmen und der Spielraum der bürgerlichen Demokratie abgesteckt. Als politisches System ist diese Demokratie angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse in Lateinamerika lediglich ein Verschleierungswerk. Als solches ist es vor allem in den verschiedenen Versuchen entlarvt worden, Systemveränderungen auf evolutivem Wege vorzunehmen. Wahlen, Parteien, Parlamente sind institutionalisierte Formen eines nur auf dem Papier existenten Systems der bürgerlichen Demokratie, die aber eine nützliche ideologische Herrschaftsfunktion ausüben: Sie verdecken und rechtfertigen das System der Gewalt. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen uns das nackte Scheitern aller demokratisch-bürgerlichen Versuche, die, sei es auf reformistischem Wege — wie in Guatemala und Brasilien —, sei es auf revolutionärem Wege —

[7] Regis Debray, América Latina: Algunos problemas de estrategia revolucionaria, a. a. O., S. 9.

[8] Vgl. Gumersindo M. Amengual, Subdesarrollo y Revolucion en Latinoamérica, La Habana, 1963.

[9] Carlos Fuentes, Rede an die Bürger der USA, in: Kursbuch 2, 1965, S. 59.

wie in Mexiko und Bolivien — gemacht worden sind. Die Politik der Christlichen Demokratie in Chile, die von der imperialistischen Presse als Alternative zum Sozialismus gefeiert wurde, geht langsam aber sicher ihrem Verwesungstode entgegen[10]. Die Gründe liegen auf der Hand. Die objektiven Bedingungen für die Errichtung eines von einer nationalen unabhängigen Bourgeoisie getragenen kapitalistischen Staates sind nicht gegeben, und zwar kraft des imperialistischen Systems selber. In Lateinamerika hat das Bündnis von imperialistischer Bourgeoisie auf der einen Seite, und von Großgrundbesitzern, neokolonialer Handels- und bürokratischer Bourgeoisie auf der anderen Seite, die Entstehung einer industriellen unabhängigen Klasse als Trägerin kapitalistischen Aufbauprozesses verhindert. Dort, wo es zu Ansätzen einer nationalen Bourgeoisie gekommen ist, im Schatten der beiden Weltkriege und bestimmter sozialpolitischer Verlagerungen — wie in Brasilien und Argentinien —, konnte sich diese schwache und letzten Endes parasitäre Bourgeoisie nicht behaupten. Die Nicht-Existenz oder die extreme konstitutive Schwäche einer solchen Klasse hat jeder bürgerlichen Reform den Boden entzogen.
Staatsstreiche wie in Brasilien, wo 1964 Goulart gestürzt wurde[11], oder militärische Interventionen wie in Guatemala, wo 1954 Arbenz von einer Söldnerarmee zur Abdankung gezwungen wurde, sind exemplarische Methoden der konterrevolutionären Gewalt bei der Vereitelung bürgerlicher Reformen. Daher sind die sogenannten legalen reformistischen Pläne wie ein Feuerwerk erloschen; nicht zuletzt der neokoloniale Plan der Allianz für den Fortschritt, der einen Reformismus von oben proklamierte. Heuchlerisch wurde den lateinamerikanischen Oligarchien suggeriert, sich selbst zu kastrieren.
Die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt ist aus diesem Kontext zu erklären. Herstellung demokratischer Verhältnisse auf allen gesellschaftlichen Ebenen bedeutet die unvermeidliche Aufsprengung des imperialistischen Systems. Den gegenwärtigen revolutionären Tendenzen, die sich unter den von der ersten sozialistischen Revolution des Kontinents hervorgebrachten Bedingungen entfalten, liegt eine Dynamik zugrunde, die in der revolutionären Zerstörung des Imperialismus zentriert ist. Dieser Prozeß hat bereits die ersten Früchte gezeitigt: Die Trikontinentale Konferenz und die an diese angeschlossene Solidaritätsorganisation der lateinamerikanischen Länder, durch die die Dritte Welt ihren Willen

[10] Siehe Fidel Castro: Respuesta a las declaraciones del Presidente de Chile Eduardo Frei, in: Prensa Latina, Nr. 1,171 vom 23. März 1966.
[11] Regis Debray, América Latina: Algunos problemas de estrategia revolucionaria, a. a. O., S. 27 ff.

zum organisierten und koordinierten Kampf gegen den Imperialismus zum Ausdruck bringt. Die lateinamerikanischen Diktaturen haben die traditionellen Formen des politischen Kampfes ausgeschaltet und nichtig gemacht. Einheitsfront, die noch von vielen kommunistischen Parteien trotz aller Erfahrungen verlangt wird; Massenstreiks, die den Übergang von gewerkschaftlicher Aktion zum allgemeinen Aufstand vollziehen sollen, für die einige trotzkistische Gruppen plädieren, können gegen den militärischen Apparat nichts ausrichten. Die Zerschlagung des militärischen Apparats aber ist die wesentlichste Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus in Lateinamerika. Daraus ergibt sich als höchste Aufgabe der Revolutionäre: die revolutionäre Eroberung der politischen Macht zu verwirklichen [12]. Auf welche Weise dieses strategische Ziel zu erreichen ist, zeigt uns der revolutionäre Prozeß, der mit der kubanischen Revolution einsetzte. Es ist der Weg des Guerrillakrieges als Hauptform des politischen Kampfes, der den revolutionären Willen der unterdrückten Klassen erweckt, formt und ihre wirkliche politische Macht aufbaut. Im internationalen Kontext des anti-imperialistischen Kampfes hat Che Guevara den Stellenwert der lateinamerikanischen Revolution bestimmt: „Es ist der Weg Vietnams ... Amerika, vergessener Kontinent, hat eine wesentliche Aufgabe: die Schaffung des zweiten oder des dritten Vietnams."

René Mayorga

[12] Regis Debray, Revolution in der Revolution?, Trikont-Verlag 1967, S. 127 ff

22. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS

Resolutionen und Referate

Vorbemerkung

Die Berichterstattung der bundesrepublikanischen Presse über die diesjährige Delegiertenkonferenz des SDS spiegelte in der Form von „Fraktionskämpfen" wieder, was in Wirklichkeit zunächst und vor allem eine theoretische Auseinandersetzung über die künftige Strategie des SDS als eines Studentenverbandes war, der in dem Maße, in dem die neue antiautoritäre und antikapitalistische Bewegung den Rahmen der Hochschulen konkret zu überschreiten beginnt, seine Funktion als größte geschlossene sozialistische Organisation in der Bundesrepublik konkretisieren muß. Die Auseinandersetzungen über das Verhältnis der studentischen Opposition zu den Kämpfen der Arbeiterklasse beginnen im gleichen Maße traditionell fixierte theoretische Positionen zu modifizieren, in dem diese mit neuen praktischen Aufgaben und Problemen konfrontiert werden. Wo die Vermittlung der studentischen Opposition mit den oppositionellen Bewegungen außerhalb der Universitäten nicht mehr nur in den abstrakt theoretischen Anstrengungen einer isolierten sozialistischen Gruppierung, sondern wieder in praktischen Kämpfen und Bündnissen sich vollzieht, werden die theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb des SDS zusehends in Kontroversen der gesamten Linken transformiert, die in die gesamte außerparlamentarische Opposition hineinreichen. Das neuartige an dieser Situation ist, daß der SDS nach jahrelanger theoretischer Isolierung zur praktischen Avantgarde der neuen antiautoritären und antikapitalistischen Bewegung geworden ist, ohne seine Funktion, die theoretischen Erwartungen der nichtstudentischen Linken auf sich zu zentrieren, weil deren

politischen Möglichkeiten wesentlich mitbestimmt werden von den Bedingungen des SDS, erfüllen zu können. Dieser Mangel schlägt auf den Verband zurück. Die ‚neue Linke', innerhalb derer sich andere Zentren zu bilden beginnen, trägt ihre Erfahrungen, Probleme, Konzeptionen und ihre konkreten Auseinandersetzungen mit dem System der verdinglichten politischen Organisationen und Institutionen mittelbar oder unmittelbar in den Verband. Bereits auf der 21. Delegiertenkonferenz hatte sich die Diskussion an der Konfrontation der aus der Zeit vor der Abspaltung von der SPD übernommenen — bürokratischen — Verbandsstruktur und der ihr entsprechenden verdinglichten, bloß terminologischen Diskussionsweise mit einer neuen spontanen Bewegung zunächst innerhalb des Verbandes entfaltet. Auf der 22. Delegiertenkonferenz setzte sich diese Diskussion um die ‚innerverbandliche Demokratie' fort und gewann zugleich eine neue Qualität, insofern sie die neue Bewegung und ihre Zusammenstöße mit dem etablierten kapitalistischen Herrschaftssystem reproduzierte und nicht mehr allein innerverbandliche Organisationsprobleme. Die auftretenden Gegensätze kennzeichnen einen Punkt der Entwicklung, an dem der SDS in seiner Gesamtheit praktisch zur konsequentesten Gruppierung der außerparlamentarischen Opposition geworden ist, dieser Konsequenz gleichzeitig aber der Mangel an theoretischer Einheitlichkeit und Verbindlichkeit korrespondiert. Die auch im Verband als solche apostrophierten „Fraktionen" gründen in diesem Paradoxon. Doch es ist daran zu erinnern, daß diese paradoxale Erscheinung in Wirklichkeit die Dialektik der revolutionären Entwicklung ausdrückt. 1850 schrieb Marx: „Eine Klasse, worin sich die revolutionären Interessen der Gesellschaft konzentrieren, sobald sie sich erhoben hat, findet unmittelbar in ihrer eigenen Lage den Inhalt und das Material ihrer revolutionären Tätigkeit: Feinde niederzuhalten, durch das Bedürfnis des Kampfes gegebene Maßnahmen zu ergreifen, die Konsequenzen ihrer eigenen Taten treiben sie weiter. Sie stellt keine theoretischen Untersuchungen über ihre eigenen Aufgaben an" *. In der Tat hat sich, was man zur Zeit die revolutionären Interessen dieser Gesellschaft nennen kann, in der Studentenbewegung und auf den SDS konzentriert, als die Studenten sich erhoben. Es wäre deshalb falsch, angesichts der neuen Bewegung an einem geschlossenen Konzept festzuhalten, dessen Grundlage andere Erfahrungen und Kämpfe, vor allem aber eine vergangene Phase kapitalistischer Entwicklung sind. Es wäre aber auch falsch, die neuen Bewegungen in einem neuen geschlossenen Konzept erfassen zu wollen, dessen Grundlage die abstrakte Negation der vergan-

* Die Klassenkämpfe in Frankreich, Ausgabe Lieber, S. 132

genen Erfahrungen und Kämpfe und der Kontinuität kapitalistischer Entwicklung bildet. Beide Methoden, die nicht unmittelbar identisch sind mit den auf der 22. Delegiertenkonferenz vertretenen Positionen, führen in ihrer verdinglichten Unversöhnlichkeit zu gleichermaßen willkürlicher Subsumtion der neuen praktischen Erfahrungen unter abstrakte Kategorien. Gerade der SDS, an den von außen ebenso wie von seinen Mitgliedern die Erwartung herangetragen wird, daß seine Praxis „identisch" sein solle mit seiner Theorie, gerät an dem bezeichneten Punkt der Entwicklung in die Gefahr, theoretische Kontroversen zu konzeptionell geschlossenen „Fraktionen" zu hypostasieren. Man muß sich darüber Klarheit verschaffen, wie sehr diese Hypostasierung Reflex verdinglichter politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Und man muß sich dabei ebenso klar darüber werden, daß in solche Hypostasierungen organisierte gesellschaftliche Interessen Eingang finden. Gerade die fortlaufende Berichterstattung der bürgerlichen Presse über die „Fraktionskämpfe" im SDS, die den Bedürfnissen einer autoritären Öffentlichkeit nach Personalisierung und Fetischisierung von Institutionen entspricht, sollte Warnung genug sein, dieses Spiel nicht mitzumachen. Denn der SDS gerät sonst in den Sog dieser Öffentlichkeit und reproduziert längst vor der gefürchteten Institutionalisierung der neuen Bewegung zu einer Partei die Verschleierungsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft. Eine falsch verstandene Identität von Theorie und Praxis, die eben den Widerspruch eliminiert und dem verdinglichten Gebot gehorcht, daß sich aus jeder theoretischen Aussage unmittelbar die praktische Konsequenz ergeben müsse und umgekehrt jeder praktische Schritt unmittelbar aus einem theoretischen Satz zu resultieren habe, unterschlägt die dem SDS von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und seiner eigenen Schwäche aufgezwungene Kluft zwischen einer total unvernünftigen Gesellschaft und ihrer durchrationalisierten Ideologie. Zur gegenwärtigen Situation des SDS und der gesamten außerparlamentarischen, antiautoritären und antikapitalistischen Bewegung gehört notwendig die dialektische Spanne zwischen praktischer Konsequenz und theoretischer Uneinheitlichkeit und Unverbindlichkeit in viel größerem Ausmaß, als sich das der Verband bisher eingestehen wollte. Deshalb ist es auch kein Mangel, daß innerhalb der Resolutionen und zwischen ihnen und den Referaten der 22. Delegiertenkonferenz Widersprüche bestehen. Sie sind Ausdruck der Widersprüchlichkeit der Praxis selbst, die ja nur in ihrer Fassung in konkreten Aktionsprogrammen konsequent im Sinne des Geschlossenseins ist. Bei der Durchführung dieser Programme wird der SDS zusehends in die Widersprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft verwickelt werden. Und gerade der

Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit, die Aktion gegen Springer also, muß zu einer Klärung der Verbandskonzeption ud zu einem Abbau der „Fraktionen" führen. Denn vornehmlich diese Aktion ist für den SDS eine Aktion zur Selbstreflektion und zur Durchbrechung der Verdinglichung. Der Abdruck der nachstehenden Resolutionen und Referate in der „neuen kritik" soll die Sozialisten außerhalb des SDS in diesen Prozeß mit einbeziehen.

Bernhard Blanke

Resolution zur Hochschulpolitik

Aus dem abstrakt gesetzten Widerspruch zwischen dem SDS als Studentenorganisation und dem SDS als sozialistischer Organisation wurden häufig die Tätigkeit an der Hochschule und die Tätigkeit außerhalb der Hochschule als alternative Vorgehensweisen hergeleitet. Diese falsche Alternative praktisch aufzuheben muß das Ziel einer sozialistischen Hochschulpolitik sein.

I. Die Widersprüche in der Hochschule drücken die Widersprüche in der Gesellschaft adäquat aus.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind nicht geeignet, die historisch mögliche Entfaltung der Produktivkräfte zu fördern; in ihnen muß vielmehr ihrer eigenen Aufrechterhaltung wegen diese Entfaltung verhindert werden. Durch erweiterte Integration sowohl der heterogenen Kapitalinteressen wie der unterdrückten Klassen vermittels Ausbau der staatlichen und anderen öffentlichen Bürokratien und ihrer Funktion vermochte die herrschende Klasse der blinden Rebellion der in Produk-

tionsmitteln materialisierten Produktivkräfte gegen ihre Fesselung (Weltwirtschaftskrise) ebenso ihrer revolutionären Konsequenzen zu entkleiden wie auch die lebendige Produktivkraft Arbeiterklasse in Fesseln zu halten. Die Hochschule ist eines der Instrumente zur Fesselung lebendiger Produktivkraft, und in dieser Funktion hat die Hochschule unter bürgerlichen Produktionsverhältnissen ihr Wesen.

Die in „Forschung und Lehre freie" deutsche Hochschule, deren Form zu einer Zeit geschaffen wurde, als die bürgerliche Klasse ihre politische Emanzipation und damit auch die kapitalistische Funktionierung der staatlichen Institutionen noch nicht abgeschlossen hatte, darf nicht dazu verleiten, den beschränkt-bürgerlichen, bürgerliche Schranken setzenden Inhalt dieser Institutionen zu verkennen, der mit der abgeschlossenen politischen Emanzipation der bürgerlichen Klasse sich in dieser tradierten Form der Hochschule durchsetzte. Vielmehr ist die Freiheit der Lehrstuhlinhaber, welche das ganze Wesen der Hochschulautonomie ausmacht, als isolierte, von Praxis abgeschnittene Freiheit einer Elite, die über die Konzession die Beschränktheit des Konzessionierten vergißt und sich deswegen systemtragend begreift und aufführt. Die so institutionalisierte Hochschule produziert nicht nur nicht die mögliche kritische Erkenntnis, weil sie notwendig fortfahren muß, „die Welt nur verschieden zu interpretieren", sondern sie integriert und fesselt in den Ritualen ihrer Lehre auch die lebendige Produktivität der jungen Intelligenz, die durch sie hindurch muß. Das System didaktischer Hebel, dem der Student, den scheinbar omnipotenten Ordinarius an der Spitze der hierarchischen Pyramide vor Augen, unterworfen ist, ist als Initiationsritus zu begreifen, in dem der Student von seinen Interessen an den Inhalten der Wissenschaften auf das Erlernen des Nachvollzugs der gesellschaftlichen Form abgedrängt wird, in der Wissenschaften angeeignet, reproduziert und produziert werden. Mit der politischen Emanzipation der bürgerlichen Klasse und verstärkt seit ihrem Abschluß hat der Staat mit Ausbildungs- und Prüfungsordnungen die universitäre Lehre, in der die entscheidende Beschränkungsleistung von lebendiger Produktivkraft durch die Hochschule ausgeübt wird, unter seine Kontrolle gebracht. Dagegen fanden die autonomiebesessenen Lehrstuhlinhaber, deren Privilegien der bürgerliche Staat unangetastet ließ, nichts einzuwenden. Das vom bürgerlichen Staat geschaffene allgemeine Ausbildungssystem bietet den herrschenden bzw. von diesen begünstigten Schichten so eindeutige Vorteile, ohne die formale Chancengleichheit anzutasten, daß die Hochschule, der höchste Abschluß dieses Systems, in ihrem Angehörigen die gesellschaftliche Stellung der Klassen und Schichten quantitativ adäquat abbildet.

In diesen elitären Sozialisationsmechanismen, die durch die sozial wie institutionell hierarchischen Gliederungen bedingt sind, drückt sich ritualisierte Konkurrenz aller gegen alle aus, die die Klassenschranken nicht tangiert; sie macht die wissenschaftliche Arbeit zur Ware, bringt also den wissenschaftlichen Produzenten dazu, sich nicht am Gebrauchswert (Inhalt) seiner Arbeit sondern an deren Marktwert zu orientieren, oder genauer: an seinem eigenen Marktwert. Der Schein von bewahrtem Inhalt — daß allein „die Leistung entscheide" — bezeichnet lediglich die Identifikationsstelle mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, die Identifikation mit der privilegierten Stellung unter den Produzenten, indem dieser Schein nicht einmal verbirgt, daß es auf das Leisten, das Funktionieren, ankommt, und nicht darauf, was geleistet wird.

Die Forderung nach radikaler Hochschulreform als Konsequenz aus der Erfahrung der unbegrenzten Fungibilität der Hochschule für die barbarischen Zwecke des Faschismus wurde nach 1945 in dem Maße verdrängt, in dem der Zusammenhang zwischen Faschismus und kapitalistischer Produktionsweise verdrängt wurde. Der Antikommunismus der Rekonstruktionsperiode erwies sich nicht nur als Integrationsmittel gegenüber den unmittelbaren Produzenten, sondern auch zur Integration der Produktivkraft Wissenschaft geeignet, indem durch ihn die Restauration der scheindemokratischen, eben antikommunistisch fixierten Universität erleichtert wurde.

Während der Rekonstruktionsperiode vernachlässigten die Staatsbürokratien der BRD nicht allein die infrastrukturellen und technologischen Entwicklungen, die zur Perpetuierung der günstigen Weltmarktposition erforderlich sind. Vernachlässigt wurden ebenso die Entwicklung eines Ausbildungssystems, das eine Entsprechung der in den Produktionsmitteln verkörperten Produktivkraft mit der Qualifikation der Produzenten gewährleisten könnte. Das sich, durch den Mauerbau noch forciert, als Wachstumskrise äußernde Resultat dieser Politik machte die gegenwärtigen Formierungsprozesse erforderlich. Sie dienen gegenüber der Klasse der unmittelbaren Produzenten zur Disziplinierung und damit zur unmittelbaren Erhöhung des Exploitationsgrades wie auch zur Vorbeugung gegen den befürchtbaren Widerstand der Arbeiterklasse. Aus der Struktur der verfehlten Politik während der Rekonstruktionsperiode folgte jedoch notwendig, daß diese Formierungsprozesse auch gegenüber dem Ausbildungssystem, und dabei an erster Stelle gegenüber der Hochschule, Druck zur unmittelbaren Leistungssteigerung darstellen. Sie sind gleichzeitig Mittel, der Opposition der Intelligenz zu begegnen, die seit Abklingen des Kalten Krieges, mit der Entfaltung des Vietnamkonflikts und durch

diese Formierung selbst zu erwarten war und sich auch schon vereinzelt zeigte. In dem Maße, in dem die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte angesichts unumgänglicher technologischer Entwicklungen in qualitativ neuer Weise zu einem strategisch wichtigen Faktor für eine relativ krisenfreie Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise geworden ist, ist auch die Integration und Steuerung der Ausbildungsinstitutionen und ihrer Leistungen für die bürgerliche Gesellschaft kein Randproblem mehr. Dies bedeutet zugleich, daß die politische Opposition der Intelligenz an materieller Kraft gewonnen hat.

II. Die Emanzipation der Arbeiterklasse ist Voraussetzung für die Verwirklichung der demokratischen Universität; sie fordert von den Studenten die weitere praktische Herausarbeitung der Momente an der studentischen Bewegung, in denen diese Bewegung für die Emanzipation der Arbeiterklasse strukturell exemplarischen Charakter hat.

Während der Rekonstruktionsperiode hat sich gezeigt, daß alle Anstrengungen hinsichtlich einer radikalen Hochschulreform bzw. später einer Studienreform erfolglos bleiben mußten, weil sie von keiner relevanten gesellschaftlichen Gruppe unterstützt wurden. Die Demokratisierung der Hochschule, die tendenziell auf die politische Emanzipation einer Schicht der Produzenten und damit exemplarisch auf die aller Produzenten hinwies, lag jenseits der systemimmanenten Interessen der Arbeiterorganisationen. Heute, da die Staatsbürokratien und Wirtschaftsverbände an einer Rationalisierung der Hochschule und insofern an Hochschulreform interessiert sind, zeigt sich erneut, daß nicht einmal an eine Verhinderung dieser technokratischen Reformen, geschweige denn an demokratisierende Reformprozesse zu denken ist, wenn dabei die Studenten allein auf sich selbst angewiesen sind. Nicht eine allgemeine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, sondern ihre oppositionelle Praxis wird die Studenten begreifen lassen, daß ihre Emanzipation an die der Arbeiterklasse geknüpft ist. Die erreichte Entfaltung der oppositionellen Studentenbewegung reicht jedoch nicht aus, dieser nur in Praxis zu gewinnenden Erkenntnis, die einen wichtigen Schritt in der Entwicklung des Klassenbewußtseins der intellektuellen Produzentenschicht darstellt, die Verbreitung und Vertiefung in der Studentenschaft zu verschaffen, die Voraussetzung dafür wären, daß die Intellektuellen zu einem wesentlichen Faktor für die Emanzipation der Produzentenklasse würden.

Wenn gegenwärtig die Organisationen der Arbeiterklasse eine Politik verfolgen, die die Formierung der Gesellschaft und ihrer Produktion unter dem a priori, optimalere Kapitalverwertung zu ermöglichen, unterstützt und lediglich allzu crude „Härten" für die unmittelbaren Produzenten abzuwenden bemüht ist, so könnten gegenwärtig die Studenten in einer Zusammenarbeit mit diesen Organisationen nur Stärkung für solche Ziele erhalten, in denen sich die Studenten ihres Anspruchs auf radikale Demokratisierung und Politisierung der Hochschule begeben hätten. Der Verrat an der eigenen Sache darstellende Verzicht der Studenten, die wirkliche Tiefe des Widerspruchs in der Hochschule in ihre oppositionelle Praxis einzubeziehen, wäre zugleich ein Verrat der Studenten gegenüber der Sache der unmittelbaren Produzenten. Denn die Studenten würden die Differenz zwischen den systemimmanenten Widersprüchen, von denen die Organisationen der Arbeiterklasse ihre Praxis leiten lassen, und den systemsprengenden Widersprüchen zwischen der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Produktionsweise und der umfassenden Emanzipation der Produzentenklasse unbeachtet lassen und damit die umfassende Emanzipation der Produzentenklasse selbst. Die Forderung nach Demokratisierung der wissenschaftlichen Produktion in der Hochschule ist kein Vorschlag zur größeren Effizienz oder zur besseren Planung von Leistungssteigerung. Die Entfesselung von Produktivkräften, auf die diese Forderung nach Demokratisierung der Hochschule hinauswill, steht mit dem zur systemstabilisierenden Leistungsmoral verkommenen Begriff von Produktivitätssteigerung im Widerspruch. Denn die intendierte Entfesselung der Produktivkräfte besteht nicht in weiterer Steigerung inhaltsleerer Leistungsfähigkeit, sondern in der Emanzipation der lebendigen Produktivkraft Mensch zur Bestimmung und Aneignung des gesamten Produktionsprozesses seines Lebens. Der Widerspruch, der zwischen der Politik der Organisationen der Arbeiterklasse und der umfassenden Emanzipation der Arbeiterklasse besteht, besteht auch zwischen der Politik dieser Organisationen und der Demokratisierungsforderung der Studenten.

Also gerade deswegen, weil die Emanzipation der Arbeiterklasse die Voraussetzung für die Verwirklichung der demokratischen und politischen Hochschule ist, verbietet sich ein naives Bündnis mit den Organisationen der Arbeiterklasse.

Die Anstrengungen um ihre Politisierung und Emanzipation, die die Studenten unternehmen, sind geeignet, ihnen später als Angehörigen der intellektuellen Produzentenschicht die Anpassung an die Produktionsverhältnisse zu erschweren. Dies kann schon in absehbarer Zeit bei weite-

rer quantitativer wie qualitativer Entwicklung der studentischen Oppositionsbewegung sich dazu ausweiten, daß das Problem der Anpassung oder partiellen Verweigerung der Anpassung sich nicht mehr jedem Hochschulabsolventen individuell stellt, sondern daß eine locker in Verbindung stehende intellektuelle Produzentenschicht mit Ansätzen von Klassenbewußtsein entsteht, die ihren Zusammenhang vorerst in protektionistischen oder initiativen Aktionen zu einzelnen Anlässen reproduziert. In dem Maße, wie die sich weiter entfaltende oppositionelle Studentenbewegung, weit wichtiger jedoch in dem Maße, wie der Übergang der Arbeiterklasse zu Offensivaktionen das Ausmaß und die Relevanz solcher solidarischen Aktionen erweitern werden, wird diese intellektuelle Produzentenschicht selbst zu einem wichtigen Faktor im Klassenkampf werden und dadurch den voluntaristischen Charakter ihres sozialistischen Bewußtseins überwinden können.

Die weitaus wichtigere Funktion, die die Entfaltung der oppositionellen Studentenbewegung für die Emanzipation der Arbeiterklasse hat, liegt jedoch darin, daß die studentische Bewegung für die zu entwickelnde Strategie des Kampfes der Arbeiterklasse richtungsweisende Momente enthält. Sie ist für das Wiedererstehen und die Entwicklung einer lebendigen sozialistischen Theorie in der BRD ein vorerst unentbehrlicher Faktor.

Sozialistische Strategien, die allein oder auch nur hauptsächlich auf die mangelnden Möglichkeiten individueller, physischer Reproduktion der Produzenten aufbauen, sind nicht allein vulgärmarxistisch, sondern auch revisionistisch, weil sie keinen Damm gegen eine gewerkschaftliche Politik besitzen, wie sie gegenwärtig von den Organisationen der Arbeiterklasse in der BRD betrieben wird. Ihnen hat die Rebellion der Studenten voraus, die Scheinaneignung in der Befriedigung von Reproduktionsinteressen durch die Aktualisierung der Widersprüche in der Produktion selbst tendenziell zu überwinden. Die Interessenidentität zwischen der Arbeiterklasse und den Studenten besteht im Interesse an der — gegenwärtig nur seitens dieser „jungen intellektuellen Arbeiter" angegriffenen — Aufhebung des Widerspruchs, innerhalb der bürgerlichen Produktionsweise die eigenen produktiven Möglichkeiten nicht verwirklichen zu können. Diese Identität besteht dagegen nicht in dem Interesse, innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse relativ ausreichende individuelle Reproduktionsmöglichkeiten zu finden, denn diese findet die privilegierte intellektuelle Produzentenschicht mit einiger Sicherheit. Die beschnittenen Entäußerungsmöglichkeiten in der bürgerlichen Produktion bedeuten konkret z. B. Ohnmacht und Untätigkeit angesichts von Krieg,

Völkermord, von Hunger und Elend in der unterentwickelt gehaltenen Welt, von sinnloser, die Existenz vergiftender Arbeit, von Manipulation mit der Unwissenheit der Produzentenklasse, bedeuten also selbstzerstörerische Brutalisierung. An dem Widerspruch gegen diese Beschneidungen wird langfristig die Produzentenklasse ein revolutionäres Klassenbewußtsein entwickeln können und müssen; zumal für das Bewußsein dieses Widerspruchs die Dynamik des globalen Klassenkampfes die Wirklichkeit ist, die „sich zur Idee drängt"; sowohl in der ins Unermeßliche steigenden Diskrepanz zwischen dem historisch Möglichen und der Realität, also der objektiven Verschärfung der Unterdrückung, wie auch in der Entwicklung und der wachsenden Unüberwindlichkeit der revolutionären Bewegungen in der 3. Welt und im Anwachsen der antikapitalistischen Bewegungen in den Metropolen.

III. Die Rebellion der Studenten ist in ihrem antiinstitutionellen Charakter modellhaft für die Strategie des Klassenkampfes.

Da gegenwärtig die Arbeiterklasse die studentische Bewegung und ihre Ziele nicht unterstützt, kann die Revolte an der Universität nicht unmittelbar als Mittel zur Verwirklichung der demokratischen Universität begriffen werden. Der Kampf der Studenten um die zur Zeit nicht zu verwirklichende demokratische Universität ist vielmehr als Prozeß politischen Lernens die jetzt zu verwirklichende Form der demokratischen Universität. Der antiinstitutionelle Charakter dieser Hochschulpolitik, der sie von der herkömmlichen, im Grunde gewerkschaftlichen Hochschulpolitik unterscheidet, besteht nicht allein darin, daß sie die von den bestehenden Institutionen erhaltbaren Scheinerfüllungen ihrer Forderungen zurückweist; sondern dieser Charakter besteht vor allem darin, daß für diese Hochschulpolitik keinerlei institutionelle Regelungen, so notwendig sie auch sind, das Wesen der von ihr erstrebten demokratischen Universität ausmachen. Dies liegt vielmehr in der selbsttätigen und solidarischen demokratischen Praxis der einzelnen Universitätsangehörigen. Die Entfaltung der bürgerlichen Produktionsweise und ihrer Widersprüche erzeugte die Arbeitsteilung der Bourgeoisie mit dem Staat und anderen öffentlichen und halböffentlichen Institutionen. Nur in dieser Arbeitsteilung konnte die kapitalistische Produktionsweise sowohl gegnüber den anarchistischen Tendenzen der Kapitalistenklasse als auch gegenüber den emanzipatorischen Tendenzen der unterdrückten Klassen und Schichten perpetuiert werden. Während die Produktion auf Betriebsebene sich in Verwaltung und unmittelbarer Produktion — beides ge-

tragen von Abhängigen — differenzierte, mußte die Bourgeoisie entscheidende Funktionen der Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise staatlichen und anderen Institutionen übertragen. Dadurch erfuhr der klassische, zwischen drei Gewalten geteilte Staatsapparat eine bürokratische Emanzipation, die die Funktion der drei Gewalten, sich gegenseitig auszubalancieren und zu kontrollieren, aufhob. Die staatlichen Institutionen sind nicht einfach Werkzeuge der bürgerlichen Klasse; sie sind Verkörperungen der Klassenherrschaft selbst. Die praktische Kritik dieser Institutionen trifft also nicht ein Instrument der bürgerlichen Produktionsweise, sondern diese selbst, wie umgekehrt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ohne gleichzeitige Zerschlagung dieser Institutionen mit Sozialismus nichts zu tun hat. Die integrative Leistung dieser staatlichen und öffentlichen Institutionen liegt in der totalen Verwaltung als Bedingung für die Unmündigkeit und Passivität der unterdrückten Klassen und Schichten. Sie ist zugleich die Bedingung für die Reproduktion der bürgerlichen Produktionsweise. Die faschistische „Mobilisation" von Massen, bei der sorgfältig jedes selbsttätige und spontane Verhalten der Massen durch perfekte Organisation von Massenveranstaltungen ausgeschaltet wird, zeigt, daß nur völlig gesteuerte, keinerlei unverwaltetes Verhalten zulassende „Mobilisation" der Unterdrückten zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geeignet ist. Sie ist getreues Abbild jener verwaltenden Institutionen. Jedes Verhalten der unterdrückten Massen, mit dem diese ihre institutionell garantierte Integriertheit aufheben wollen. Verweigerungen oder offensive Aktionen, selbst mit gewaltlosem Charakter, werden von den Institutionen als Angriff auf ihre Existenz angesehen, selbstverständlich mehr noch solche Aktionen, in denen die Verwalteten beginnen, den bestehenden Institutionen monopolistisch vorbehaltene Funktionen selbst zu übernehmen. In solchen Aktionen, die in ihrer Tendenz die Klassenkampfsituation der Doppelherrschaft antizipieren, ist die bestimmte sozialistische Negation der bürgerlichen Gesellschaft derart enthalten, daß die so tätigen Massen bereits in ihrem Kampf wesentliche Momente der sozialistischen Assoziation von Menschen praktizieren, indem sie beginnen, anstelle der die kapitalistische Produktionsweise erzwingenden Institutionen die freie und selbstbestimmte Tätigkeit und Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten zu setzen.

Die Organisation einer antiinstitutionellen Bewegung kann nicht ihrerseits den zu mobilisierenden Massen bürokratisch gegenübertreten. In ihr muß der einzelne selbsttätig und bestimmend sich entfalten können. Die Stärke einer solchen Bewegung gegenüber den alle Machtmittel bei sich

konzentrierenden Institutionen kann nicht an einem leicht zerschlagbaren Büro allein oder an leicht liquidierbaren Individuen allein hängen, sondern sie muß vor allem in der Selbständigkeit des Einzelnen in der Bewegung bestehen. Ihrerseits bürokratisch, geheimbündlerisch oder dogmatisch, hätten die konsequentesten Gruppen dieser Bewegung keine ernsthafte Chance, die Massen zu mobilisieren. Denn das Feld der verwaltungsmäßigen Organisation und der Manipulation, auf dem diese Gruppen dann kämpften, ist das Terrain, auf dem die bekämpften Institutionen ihre Machtmittel voll zur Anwendung bringen können. Diese Machtmittel sind nicht allein wegen ihrer Quantität und ihres technischen Niveaus überlegen, sondern: wenn die Gegner der bestehenden Institutionen die Unmündigkeit der Massen fortbestehen lassen, dann sind auch die Manipulationsziele der bestehenden Institutionen konsequenter und deshalb wirksamer. Dem entsprechend haben die Vertreter der Institutionen in der Vergangenheit immer wieder versucht, die oppositionellen Studenten davon zu überzeugen, daß ihr Protest von einer „Minderheit" manipuliert sei; bei diesem Versuch ging man von der richtigen Einschätzung aus, daß die Studenten nur die Erfahrung machen müßten, in ihrem Protest nur einem anderen Manipulationszentrum auf den Leim gegangen zu sein, um sich wieder den mächtigeren Institutionen zur Verwaltung zu überlassen. In dieser Einschätzung scheinen die Institutionen begriffen zu haben, daß die Gefährlichkeit antiinstitutioneller Politik nicht allein darin besteht, daß sie sich gegen die Stützpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft richtet, sondern vor allem in ihrer Fähigkeit, von einem Sektiererunternehmen zur Massenbewegung zu werden, welche sie ihrem unbürokratischen, öffentlichen und undogmatischen Charakter verdankt.

IV. Der SDS, die konsequenteste Gruppe in der oppositionellen Studentenbewegung, muß die weitertreibenden Momente, die sich in der jüngsten Phase der oppositionellen Auseinandersetzung der Studenten gezeigt haben, erkennen und praktisch herausarbeiten.

Die zunehmende Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft für die Reproduktion der bürgerlichen Produktionsweise (I) und die Funktion, die die weitere Entfaltung der Hochschulrevolte für den Kampf der Arbeiterklasse hat und noch erhalten kann (II), bestätigen und konkretisieren die Formel, daß der SDS „insgesamt so stark wie an der Hochschule" ist, und stellen dem SDS die Aufgabe, seine modellhafte antiinstitutionelle Politik an der Hochschule weiterzuentwickeln.

Für diese Politik gelten die vier Bedingungen, die die Berliner Hochschulresolution vom Januar 1967 nennt, und die durch das Sommersemester 67 bestätigt wurden:

1. Der SDS kann sich weder mit den Institutionen (Studentenvertretung, Kommissionen etc.) kritiklos identifizieren, noch kann er aus Furcht vor Integration es ablehnen, in diesen zu arbeiten. Vielmehr kann erst die Arbeit in den Institutionen den Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen und demokratischen Anspruch der Universität und ihrer Wirklichkeit in die Konflikte verwandeln, in denen sich die irrational gewordene Autorität selbst entlarvt.
2. Da es konstitutives Moment einer solchen Politik ist, Ergebnisse theoretischer Kritik zum Gegenstand praktischer Erfahrung zu machen, müssen sich alle Aktionen aus der Krise der Universität entwickeln und mit einer möglichst breiten Front der Studentenschaft geführt werden. Die praktische Kritik der Institutionen in Universität und Gesellschaft unter der Perspektive ihrer Negation kann sich nur als öffentliche Kritik durch demokratische Massenaktionen auf dem Campus vollziehen.
3. Die durch das Studentenparlament und die Institutsvertretungen allein nicht herzustellende Öffentlichkeit kann nur durch politische Massenaktionen der Studentenschaft auf dem Campus geschaffen werden. Diese Form der Öffentlichkeit ist unerläßliches Element des politischen Lernprozesses, der die Selbsttätigkeit der Studenten zum Ziel hat, und ist Bedingung für die Möglichkeit der Weiterarbeit in den Institutionen.
4. Die inhaltliche Ausarbeitung dieser Politik muß der gründlichen Diskussion unseres Verbandes unterliegen. Denn erst ihr öffentlicher Charakter macht sie immun gegen Denunziation und damit unanfällig gegen die Gefahr, den öffentlich auszutragenden Konflikt aus ihrem Zentrum zu verlieren. Deshalb kann eine Politik, die bereits von ihrer Konzeption her den SDS innerhalb der Studentenschaft dadurch isoliert, daß sie nur Minderheit der Studenten ansprechen will, nicht die Möglichkeit unserer Hochschulpolitik ausschöpfen.

Die Auseinandersetzung der Studenten an den Hochschulen der BRD und vor allem West-Berlins während des Sommersemesters 1967 haben diese Politik in drei wichtigen Momenten weiter konkretisiert und damit die Aufgaben des SDS.

1. Entgegen der Einschätzung auf der letzten DK hat sich die hochschulpolitische Auseinandersetzung nicht als für die Entfaltung der oppositionellen Studentenbewegung gleich geeignet erwiesen wie die poli-

tische Auseinandersetzung an der Hochschule. Es wäre jedoch ein grosser Fehler, diesen politischen Kampf an der Hochschule, der notwendig hochschulpolitische Auseinandersetzungen hervorbringt, nicht in aller Breite als hochschulpolitische Auseinandersetzung zu führen. Denn die Verstrickung der universitären Administration in die Auseinandersetzung und die dadurch ermöglichte überschaubare und resonanzhafte Praxis der oppositionellen Studenten ist immer noch eine notwendige Bedingung für das politische Lernen der Studenten.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß der offensive politische Kampf der Studenten an der Hochschule hochschulpolitische Auseinandersetzungen von der Schwere hervorbringen kann, daß sich in ihnen die universitäre Administration auch offen als direktes Organ der staatlichen Institutionen zu erkennen gibt. Die dann zustande kommenden formellen Repressionsbündnisse zwischen universitärer und staatlicher Administration setzen die oppositionellen Studenten einer Bedrohung aus, in der sie begreifen, daß ihre Auseinandersetzung in der Klasse der unmittelbaren Produzenten eine Entsprechung finden muß, um weiter bestehen zu können. Die Repressionsmaßnahmen der staatlichen Institutionen und der öffentlichen, wie vor allem der Publikationsmittel, gegen die Studenten sowie die Versuche der oppositionellen Studenten, sich direkt an die Arbeiterklasse zu wenden, lassen die Arbeiterklasse nicht unberührt, auch wenn sich dies zunächst vor allem darin äußert, daß die (z. T. nur zu berechtigten) Ressentiments der Arbeiterklasse gegen die studentische Intelligenz aktualisiert und verstärkt werden. Es ist Aufgabe des SDS, die Auseinandersetzung immer wieder auf diese Höhe zu bringen; denn dies ist eine Voraussetzung dafür, daß sich bei einem relevanten Teil der Studenten ein solidarisches sozialistisches Bewußtsein entwickelt und damit die Befähigung zu den Solidaritätsaktionen für den Kampf der Arbeiterklasse, mit denen die Studenten das Ressentiment der Arbeiterklasse überwinden können.

2. Seit dem SS 66 wurde im SDS verstärkt der Plan diskutiert, die bürgerliche Universität mit einer demokratischen und kritischen Gegenuniversität zu konfrontieren. Die z. T. pathologischen Züge, die diese Diskussion aufwies, hatten ihre Ursache darin, daß die Praxis der oppositionellen Studentenbewegung noch nicht das in dieser Diskussion vorausgesetzte Stadium erreicht hatte, in dem die oppositionellen Studenten selbst den Mangel, für ihre Auseinandersetzung nicht theoretisch ausgebildet zu sein, als praktisches Hemmnis bemerken. Erst das in der politischen Auseinandersetzung entstehende praktische

Bedürfnis einer relevanten Zahl von Studenten, die theoretische Kritik der Gesellschaft sich anzueignen, macht die Gegenuniversität dagegen gefeit, entweder die bestehende Universität von der Position des bürgerlichen oder gar halbaristokratischen Bildungskonsumenten her zu negieren oder aber von einer dogmatisch-sozialistischen Position her, für die sozialistische Theorie auch jenseits von Praxis wie ein weltanschauliches System angeeignet werden kann. Nur die Negation der bestehenden Universität entspricht dem wirklichen Widerspruch bürgerlicher Wissenschaft, die ihren unpolitischen, praxisfremden Charakter kritisiert. Entsprechend formuliert das provisorische Verzeichnis der Kritischen Universität der West-Berliner Fach- und Hochschulen die drei Hauptaufgaben der Kritischen Universität:

a) „Permanente Hochschulkritik und praktische Studienreform,
b) Verbreiterung und Intensivierung politischer Praxis (. . .) mit Hilfe wissenchaftlicher Analyse und Kritik,
c) Vorbereitung der Studenten auf die Praxis der Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik in ihren künftigen Berufen (. . .)"

Der SDS muß sich deswegen davor hüten, auch an solchen Universitäten Kritische Universitäten aus dem Boden stampfen zu wollen, an denen die oppositionelle Praxis noch so wenig entwickelt ist, daß dies Unternehmen notwendig lediglich konsumhaften Bildungsbedürfnissen oder dogmatischer Schulungsarbeit genügen wird. Vielmehr ist an diesen Universitäten die oppositionelle Bewegung von den SDS-Gruppen mit den Studenten so zu entwickeln, daß eine Kritische Universität, indem sie aus der Praxis entspringenden theoretischen Bedürfnissen entspricht, darin zur wirklichen Negation der bürgerlichen Universität wird, daß sie die Trennung von Theorie und Praxis aufzuheben beginnt. Wenn dies gelingt, wird auch die Schulungsarbeit des SDS an der Kritischen Universität stattfinden können.

3. Den dem Mord an Benno Ohnesorg vorausgehenden und nachfolgenden Repressionsversuchen der staatlichen und öffentlichen Institutionen begegneten die oppositionellen Studenten, vor allem in West-Berlin, mit der Bildung von Komitees, in denen die Studentenschaft in der Organisation ihrer Auseinandersetzung über die herkömmliche Organisation durch Studentenvertretung und -verbände hinausging. Mit diesen Komitees entrissen die oppositionellen Studenten den staatlichen und öffentlichen Institutionen einige der diesen exklusiv vorbehaltenen Funktionen (Untersuchung der Vorfälle, Unterrichtung der Öffentlichkeit, Übernahme der Universität für eineinhalb Wochen), um der beabsichtigten Zerschlagung der studentischen Bewegung vorzu-

beugen. Die Komitees, die rätehaften Charakter aufwiesen, bewährten sich zunächst zur Verbreiterung und Vertiefung der studentischen Bewegung, auch wenn sie z. T. erhebliche Fehler begingen. Denn ihr über die bestehenden studentischen Organisationen hinausgehender Charakter lag darin, in ihrer konkreten Flexibilität gegenüber der tatsächlichen Zusammensetzung der oppositionellen studentischen Bewegung auch Studenten, die weder organisiert noch Amtsträger waren, Möglichkeiten aktiven politischen Lernens zu bieten. Diese Tätigkeit unorganisierter und oft theoretisch wenig beschlagener Studenten brachte, neben ihrer unmittelbaren gegen die Angriffe der Administration gerichteten Funktion, die Bewegung vor allem dadurch einen Schritt voran, daß sie das (unter 2. näher bestimmte) praktische Bedürfnis nach theoretischer Ausbildung wesentlich mithervorgebracht hat und damit die entscheidende Bedingung für die Kritische Universität.

Andererseits zeigte sich, daß diese Komitees in dem Augenblick zu lediglich ihre Existenz reproduzierenden geschaftlhuberischen Institutionen verkamen, als ihre in der konkreten Auseinandersetzung bestimmte Funktion durch die Weiterentwicklung der Auseinandersetzung obsolet wurde. Die Bewegung der Studenten selbst war noch nicht entwickelt genug, um die Funktion der Komitees den jeweiligen Erfordernissen der Auseinandersetzung entsprechend neu zu bestimmen, bzw. wenn nötig Komitees aufzulösen.

Der SDS muß die in diesen Komiteebildungen enthaltenen Ansätze durch die Entwicklung der oppositionellen studentischen Bewegung nicht allein deshalb weiter herausarbeiten, weil in diesen Ansätzen zu selbsttätiger Übernahme und Organisation gesellschaftlicher Funktionen durch die Studenten die wesentliche Form der Emanzipation der Studenten zu einer revolutionären Schicht enthalten ist, sondern auch, weil die Entwicklung und Konkretisierung dieser rätehaften Auseinandersetzungsform in der Praxis für die Ausarbeitung der Strategie des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse ein wesentlicher Faktor sein wird. Wenn die oppositionellen Studenten in der Auseinandersetzung zu diesen Formen ihrer Organisierung fortschreiten, muß der SDS seine Aufgabe genau in der Spannung zwischen den Komitees und den mobilisierten Studenten organisatorisch konkretisieren. Die Komitees können nur dann Instrumente und Ausdruck der antiinstitutionell antikapitalistischen Bewegung sein, wenn es gelingt, die ständig neu zu bestimmende Entsprechung der von den Komitees wahrgenommenen Funktionen und der konsequenten Weiterentwicklung die Bewegung herzustellen. Dies verlangt von der hochschul-

politischen Praxis des SDS eine neue Qualität in Kontinuität, Konkretisierung der Perspektive und Koordination der Arbeit der einzelnen Genossen in den verschiedenen Gremien der studentischen Bewegung. Von der dazu erforderlichen Weiterentwicklung der Organisation der SDS-Gruppen selbst, die in dieser Resolution nur als Aufgabe formuliert werden kann, hängt es aktuell in entscheidendem Maße ab, ob die studentische Bewegung tatsächlich zu einem wichtigen Faktor für die umfassende Emanzipation der Produzentenklasse werden kann.

Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit

Die Geschichte der nachfaschistischen kapitalistischen Staaten ist die Geschichte der Restauration des Kapitalverhältnisses, unter den durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges vermittelten neuen globalen Auseinandersetzungen zwischen dem imperialistischen Weltsystem, den sozialistischen Ländern und — heute erstrangig — den revolutionären Befreiungskräften in der Dritten Welt. Der Prozeß der Restauration reproduziert ständig neu die Entmündigung der Massen, denen in der BRD nach der Zerschlagung der revolutionär-emanzipatorischen Organisationen der Arbeiterbewegung die politische Artikulation ihrer aktuellen und potentiellen Forderungen geraubt wurde. Ökonomisch untermauert wurde diese Restauration durch die lang anhaltende Prosperität, die bis zu Beginn der 60er Jahre sich hinziehende Rekonstruktionperiode des Westdeutschen Kapitalismus, dem es erstmalig in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts gelang, seine Verwertungsmöglichkeiten voll auszunutzen und das vorhandene Arbeitskräftepotential auszuschöpfen. Sobald

aber mit sich verringernden wirtschaftlichen Wachstumsraten am Ende dieser Rekonstruktionsperiode der Ausbeutungs- und Manipulationsmechanismus nicht mehr ungebrochen funktionierte, erhielten die Formen der Repression und Manipulation der Massen wachsende Bedeutung und daher auch der Kampf gegen sie. Der Grundwiderspruch der letzten Etappe der bürgerlichen Gesellschaft, der Gegensatz von Kapital und Arbeit, hat neue Formen angenommen. Er stellt sich heute dar als systematische Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums in Form von Rüstung, Werbung, Arbeitslosigkeit, ungenutzten Kapazitäten, Fehlinvestitionen und dem größten Konsumtionsexzeß: Krieg. Dadurch werden die lebendigen Fähigkeiten und geschichtlichen Möglichkeiten der Individuen, sich zu emanzipieren, noch immer systematisch verhindert.

Dieser Grundwiderspruch wird verschleiert durch das System neuer institutioneller, ideologischer und technischer Steuerungsmittel, die allesamt die Manipulation von oben nach unten ebenso wie die Möglichkeit beschränkter Bedürfnisbefriedigung, Anpassung und individueller Mobilität von unten nach oben gesteigert haben. Diese strukturelle Manipulation ist unmittelbarer Ausdruck allgemeinerer Disziplinierungstendenzen im Gesamtprozeß der spätkapitalistischen Gesellschaften. Die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion in den Fesseln kapitalistischer Herrschafts- und Gewinnprivilegien setzte sich wesentlich mit Hilfe staatlich politischer Zwangsgewalt durch. Je weniger die Beherrschten als Kollektiv politisch in Erscheinung treten konnten, desto mehr regredierten die nach der Niederlage des Faschismus errichteten Institutionen der parlamentarischen Demokratie zu Herrschaftsinstrumenten über das dem ideellen Anspruch nach zur Herrschaft bestimmte Volk. Die öffentlichen Institute verloren ihre gesellschaftliche Ambivalenz, vorweg die Öffentlichkeit selbst: ihre Funktion besteht heute längst nicht mehr in der Widerspiegelung des grundlegenden gesellschaftlichen Konflikts, sondern in der funktionalen Beherrschung der Massen, in ihrer Ausrichtung auf die Disziplin kapitalistischer Produktion. Die Vergesellschaftung der Produktion auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise selbst wird durch den permanenten Boykott der Möglichkeit einer Assoziation der unmittelbaren Produzenten gekennzeichnet. Um diesen Verein freier Menschen zu verhindern, mobilisiert der Spätkapitalismus ununterbrochen ein gigantisches Manipulationssystem. Die hierdurch vermittelte Reproduktion abstrakter Arbeit im Spätkapitalismus, d. h. die mit allen technischen, institutionellen und propagandistischen Mitteln künstlich fortgesetzte Isolierung der Produzenten voneinander, schafft durch die staatlich regulierte gesellschaftliche Arbeitsteilung in der Produktion den be-

triebsdisziplinierten Produzenten, den steuerbaren Konsumenten und den gruppendisziplinierten und verwalteten Staatsbürger.
Aber immer noch beruht die Herrschaft auf der erkauften Zustimmung der Beherrschten. Die mögliche Aufhebung der Herrschaft rückt mit den wachsenden Möglichkeiten der wissenschaftlich technischen Entwicklung zu einer revolutionären Umgestaltung der Produktionsweise immer näher. Damit wird der gesellschaftliche Konflikt zwischen den Klassen ständig neu reproduziert und verschärft. Die Bedeutung, aber auch die Grenzen, der strukturellen Manipulation zur Aufrechterhaltung von Herrschaft an der Schwelle zu ihrer Aufhebung werden sichtbar. Die Unterwerfung der Menschen unter die Verwertungsgesetze der spätkapitalistischen Produktionsweise und das eindimensionale, weil der kapitalistischen Rationalität gehorchende, System der politischen Institutionen ist subtiler geworden; aber die allgemeine Erschütterung des imperialistischen Weltsystems und die besondere ökonomisch-politische Krise in der BRD fördern zunehmend den Umschlag repressiver Manipulation in offene Unterdrückung dort, wo sich immer mehr Menschen der Kontrolle der Herrschenden zu entziehen beginnen. Das durch die Verschleierung des gesellschaftlichen Grundwiderspruches angestaute Aggressionspotential, das sich in kollektiver Aktion zum Emanzipationskampf gegen die Herrschenden erheben könnte, wird gegen diese, aus dem System der Manipulation herausgetretenen und in ihrem Kampf ein Beispiel für die mögliche Befreiung gebenden oppositionellen Kräfte gerichtet. Die Entstehung sozialistischer Staaten und die in ihnen objektiv mögliche Aufhebung von Mangel und Manipulation im Prozeß der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und dem imperialistischen Weltsystem erschüttert die gegen den inneren Feind mit dem Vorwand der äußeren Bedrohug errichtete Unterdrückungsmaschinerie. Der Kampf für die Befreiung vom anachronistischen Herrschaftssystem des Kapitalismus fordert zu allererst die Befreiung des Bewußtseins.
Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Die ökonomische Konzentration, Oligopolbildung und Monopolisierungstendenzen in der Presse machen das Grundrecht der Informations- und Meinungsfreiheit zum Exklusivrecht weniger privater Großverleger. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch die Industrie und Verbrauchswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritärer Verwaltungskörperschaften bei unzureichender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert ihre Kritikfähigkeit und führt zu einem System der Selbst-

zensur. Publizistische Formen psychologischen Zwangs werden hergestellt, ihre Adressaten zu Hörigen degradiert. Das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten wird zum Vehikel der Entmündigung verkehrt. Presse, Funk, Fernsehen und Film bauen eine Scheinwelt auf, in der die „geheimen Verführer" privatkapitalistischer Wirtschaftsinteressen und politischer Herrschaftsansprüche die Bedürfnisse der Menschen funktionell binden und zu psychischer Verelendung und Zerstörung politischer Urteilskraft führen. Die politische Publizistik, insbesondere die auf die Arbeiterklasse ausgerichtete, wird als zwanghaftes Konsumgut geformt, das seine Leser in abhängiger Passivität hält. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert. Die öffentliche Meinung wird feudalisiert. Unter dem Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt, vereinzelt und verzerrt.

Der SDS tritt deshalb für eine allgemeine Umwandlung der Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung ein, die von folgenden Grundsätzen ausgehen soll:

1. Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Diktat des Profitinteresses durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.
2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihr Ersatz durch sachgerechte Verbraucherinformation.
3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.
4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Pressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.
5. Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren.

Der SDS ist sich der Tatsache bewußt, daß dieses Programm nur durch die revolutionäre Transformation der Gesellschaft zur sozialistischen Demokratie voll verwirklicht werden kann. Mit innerer Notwendigkeit hat sich auch der beginnende Kampf der Studenten und anderer antiautoritärer und antikapitalistischer Minderheiten für eine Demokratisierung der Gesellschaft an der Parole „Enteignet Springer" kristallisiert. Seitdem der politische Konsens nicht mehr nur in unwichtigen Randfragen brüchig zu werden beginnt, seitdem sich besonders in den von der Krise

am meisten betroffenen Sektoren der Gesellschaft das Bedürfnis nach kollektiver Aktion bemerkbar macht, wird immer deutlicher, daß es die Verfügung weniger über die Kommunikationsmedien ist, welche die Artikulation oppositioneller Forderungen unmöglich macht, welche den von der Krise Bedrohten die Information über die Ursache ihrer Bedrohung und die Bedingungen ihrer Befreiung vorenthält. Die propagandistische Vorhut des herrschenden Antikommunismus, der am Ende des kalten Krieges in Europa seineAggressivität nach innen verschärft, ist der Springer-Konzern. Springer ist nicht allein durch die Tatsache der größten publizistischen Macht zur sichtbarsten Verkörperung der Manipulation geworden. Die Größe seines Unternehmens fällt mit seiner Funktion zusammen, Garant und Propagandist des sozialen Scheinfriedens zu sein. Dementsprechend bereitete Springer die Große Koalition vor, welche die sogenannte pluralistische Demokratie endgültig als die in der Form der Herrschaftsausübung plurale Fassung eines Einparteienstaates entlarvte. So wie die Große Koalition die Ideologie vom Gleichgewicht der Kräfte als Garantie der Freiheit zerstörte und an ihre Stelle die Ideologie von der konzertierten Aktion als Garant der Stabilität setzte, so entlarvte Springers Kampagne gegen die anti-autoritären Kräfte die bundesrepublikanische Meinungsfreiheit als das Recht des wirtschaftlich stärksten Verlegers auf die Zerstörung dieser Freiheit. Die Verhetzung der Berliner Bevölkerung gegen die Studenten, bis zur Aufforderung zum Totschlag, zeigt an, daß das spätkapitalistische System gegen diejenigen mit offener Unterdrückung vorgehen muß, welche beginnen, den Schleier von der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu ziehen und die bestehende Herrschaft direkt anzugreifen. Unter dem Druck der Krise wird die Mobilmachung gegen den „inneren Feind" konkret.

Unser Kampf gegen Springer ist deshalb ein Kampf gegen das spätkapitalistische Herrschaftssystem selbst. Wenn sich der SDS der Forderung „Enteignet Springer" anschließt, so deswegen, weil er in dieser Forderung die erste offensive Aktion gegen die spätkapitalistischen Besitzverhältnisse sieht. Diese Formel und die durch ihre Verbreitung aktivierte anti-autoritäre Bewegung markieren insofern einen Übergang, als mit der nationalen Kampagne gegen die Manipulation die direkte Konfrontation einer als Kollektiv handelnden, in der Aktion selbst die Fesseln der Manipulation abstreifenden Minderheit mit dem durch die staatliche Zwangsgewalt gestützten privilegierten Herrschaftsanspruch stattfindet. Wenn es dieser Kampagne gelingt, wenigstens teilweise den Schleier von den ökonomischen Verhältnissen zu ziehen, wird sie auch die Disziplin in der kapitalistischen Produktion treffen. Die Kampagne gegen Springer

muß den in ihr aktivierten Minderheiten die Möglichkeit ihrer Befreiung von der Manipulation durch kollektive Aktion und eigene Informationsmedien vor Augen führen.

Sie kann damit über die Studentenbewegung hinaus das Bedürfnis nach Befreiung entwickeln. Deshalb muß die Kampagne an unmittelbaren Interessenkonflikten anknüpfen und den von der Krise betroffenen vereinzelten Produzenten die Ursachen dieser Krise klar machen.

Die 22. DK des SDS beschließt deshalb folgendes Aktionsprogramm:

1. Der SDS wird gemeinsam mit allen Kräften der anti-autoritären und antikapitalistischen Opposition eine lang andauernde Kampagne zur Entlarvung und Zerschlagung des Springer-Konzerns führen.
2. Diese Kampagne wird das Grundrecht auf Freiheit der Information und Meinungsäußerung demonstrativ über das private Interesse des Springer-Konzerns stellen. Sie wird den realdemokratischen Widerstand gegen das Manipulationswesen organisieren.
3. Im Rahmen dieser Kampagne wird der SDS in den Zentren des Springer-Konzerns in West-Berlin und der BRD eine koordinierte Aktion zur Durchbrechung der Manipulation und zur demonstrativen Verhinderung der Auslieferung unternehmen.
4. Zur Vorbereitung wird der Bundesvorstand eine zentrale Aktionskonferenz gemeinsam mit anderen oppositionellen Organisationen einberufen.
5. Der SDS wirkt auf die Bildung einer praktisch-kritischen Öffentlichkeit hin. Er fordert deshalb:
   a) Offenlegung aller Besitzverhältnisse und Verflechtungen wirtschaftlicher und politischer Art im gesamten Pressewesen.
   b) Wissenschaftliche Analyse und allgemeine Aufklärung über die systematische Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums durch Konsumterror, geplanten Verschleiß und Aufbau unproduktiver funktionaler Anpassungsindustrien.
   c) Untersuchung der arbeitsrechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Lage der Journalisten im Hinblick auf ihre geistige und publizistische Unabhängigkeit.
6. Der SDS ruft alle kritischen Journalisten auf, in ihren Publikationen zur Aufdeckung und Zersetzung autoritärer Publizistik ständige Pressekritiken einzurichten und dadurch verzerrende und unwahre Berichterstattung zu entlarven. Darüber hinaus fordert er alle antiautori-

tären Publizisten zur Mitarbeit an demokratischen Urzeitungen auf, die in dieser Kampagne eine unmittelbar demokratische Öffentlichkeit artikulieren werden.

ES KOMMT DARAUF AN, EINE AUFKLÄRENDE GEGEN-ÖFFENTLICHKEIT ZU SCHAFFEN. DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS GEBROCHEN WERDEN.

Der gesellschaftliche Standort der Studentenbewegung

Das Problem des gesellschaftlichen Standorts der Studentenbewegung kann nicht mit sakralen Kriterien wie mehr oder weniger „fortgeschritten" oder „rebellierend" erfaßt werden. Es ist aufzufassen als Frage nach den möglichen Positionen im Klassenkampf, die eine rebellierende Minderheit einnehmen kann. Die Regierungsbürokratie und die reaktionäre Presse haben begriffen, worin die über die (an sich schon unangenehme) Existenz der oppositionellen Studentenbewegung hinausgehende Gefahr besteht: die FAZ schreibt von den möglichen zukünftigen „Störungen des freiheitlich-demokratischen Grundgleichgewichts . . . (wenn) ein linksoppositioneller Überhang der jungen Intelligenz seine Aufgabe darin erblicken könnte, jede soziale oder politische Unregelmäßigkeit aufzugreifen." Albertz bezeichnete die Studenten als die „mögliche Hefe" eines gesamtgesellschaftlichen „Gärungsprozesses". Die Studentenbewegung selbst wird sich dieser Chancen durch die schmerzhafte Erfahrung der eigenen Isolation und der Grenzen ihrer Wirksamkeit bewußt.
Diese Chance und die Problematik ihrer Wahrnehmung verlangen eine Untersuchung, die nicht allein von „universitären" Erfahrungen und Notwendigkeiten ausgehen kann.

I. *Die oppositionelle Intelligenz als unentbehrlicher Faktor jeder revolutionären Bewegung; ihre zwiespältige Bedeutung für die Arbeiterbewegung.*

Die geschichtliche Bedeutung der „Intellektuellenrevolte" zeigt z. B. die Rolle der Studenten in der Vorbereitung der bürgerlichen Revolution von 1848 und in der Revolution selbst oder auch die Tatsache, daß es Leute aus dieser Studentenbewegung waren, die über die Linkshegelei hinauskamen und den historischen und dialektischen Materialismus entwickelten und die erste revolutionäre sozialistische Organisation (den Bund der Kommunisten) aufbauten. Später gingen der Aufschwung der bolschewistischen Partei und die Vorbereitung der Revolution von 1905 parallel mit dem Anwachsen der Opposition der russischen Studenten. Der chinesischen und der cubanischen Revolution ging die Revolte der Intelligenz voraus; die Kommunistische Partei Chinas war praktisch eine „universitäre" Gründung. Das war allerdings auch eine der Wurzeln ihrer großen Fehler in den ersten Jahren; überhaupt darf die (leicht fortsetzbare) Reihe der Beispiele für die entscheidende Bedeutung der Intellektuellenbewegung nicht über die nicht weniger zahlreichen gegenteiligen Erfahrungen hinwegtäuschen. Z. B. über die Tatsache, daß die russischen Studenten, die fast die Rolle eines Anführers gespielt hatten, nach 1905 unter dem Eindruck des Siegs der Reaktion und im Genuß einiger Reformen die bolschewistische Partei und die Arbeiterbewegung im Stich ließen. Gramsci weist auf ein allgemeines Phänomen hin, wenn er konstatiert, daß es der Bourgeoisie kaum je gelingt, ihre Kinder klassenkonformistisch zu erziehen, daß aber in schwierigen Momenten die „revolutionären" Jungen allzuoft reumütig in den „Schafstall" ihrer Klasse zurückkehren [1]. Auch ein Aufschwung der Studentenbewegung kann negative Seiten haben; so macht z. B. Mao Tse-tung den enormen Kräftezuwachs durch viele tausende Studenten, die ab 1936 nach Yenan strömten, verantwortlich für eine große Verwirrung und allerlei sonderbares Gerede" [2]. Aus dieser Zeit stammen auch die Artikel, in denen Mao der Intellektuellenbewegung andererseits die Rolle eines unbestätigten Faktors, der zu „Subjektivismus und Individualismus neigt, (dessen) Ideen oft inhaltlos und Handlungen inkonsequent sind", zuschreibt. [3]

[1] Gramsci, Philosophie der Praxis, Frankfurt a. M. 1967, S. 416
[2] Mao Tse-tung, Rede auf der Landeskonferenz für Propagandafragen, Peking 1965
[3] Mao Tse-tung, Die Bewegung des 4. Mai, und: Die Richtung der Entwicklung der Jugendbewegung, in: Ausgew. Schriften, Berlin 1958, Bd. 3, S. 1 ff

Die geschichtliche Rolle der Studentenbewegung im Klassenkampf läßt sich folgendermaßen charakterisieren:

1. Die Studentenbewegung spiegelt politisch keine besonderen, studentenmäßigen Widersprüche, sondern in ihren Auseinandersetzungen und Lagern die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft wider; dabei bestimmte Probleme zeitlich eher und schärfer artikuliert als andere soziale Gruppen.

   (Vgl. hierzu Teil I des Referats von Genossen Lefevre, das insoweit völlig übereinstimmt mit der Aussage Lenins, daß die Studentenschaft „die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt".[4]
2. Dabei kann die tatsächliche Bedeutung der studentischen „Opposition" nicht isoliert am Grad ihres oppositionellen Engagements an der Hochschule gemessen werden, sondern nur danach, wieweit sie als Hochschulbewegung einen effektiven Teil der gesamten antikapitalistischen Bewegung bildet.
3. Die studentische Linke kann über das Eigengewicht ihrer Bewegung hinaus Bedeutung haben; sie wird in dem Maß zur direkt mobilisierenden Kraft der Arbeiterbewegung, in dem es ihr gelingt, ihre besonderen Vorteile für die Gesamtbewegung nutzbar zu machen, d. h. in dem Maß, in dem es gelingt, Bewußtsein in die Arbeiterklasse „hineinzutragen".
4. Das stellt sich für die Studentenbewegung dar als Anforderung, nicht bei der „Intellektuellenrevolte" stehenzubleiben. Der dialektische Prozeß der Wechselwirkung von linker Intelligenz und Arbeiterklasse beinhaltet nicht nur die Veränderung der Arbeiterklasse; er verlangt und bewirkt die Veränderung der linken Intelligenz.

Dieser letzte Punkt muß genauer erläutert werden, denn er ist zentral für die Diskussion in einem sozialistischen Studentenverband; er betrifft die Funktion der sozialistischen Studenten in der Arbeiterbewegung ebenso wie den Bestand der oppositionellen Studentenbewegung überhaupt, denn eine „Hochschulrevolte" ohne gesellschaftliche Orientierung muß zusammenbrechen, und die Hochschulbewegung selbst kann diese Orientierung nur sehr schwer finden, wenn ihr führender Teil dabei ist, sie zu verlieren.

[4] Lenin, Die Aufgaben der revolutionären Jugend, GA, Bd. 7 S. 32.

Die Permanenz dieses Problems läßt sich an den inhaltlich übereinstimmenden Stellungnahmen der Theoretiker des Marxismus aufzeigen:

„Erstens müssen diese Leute, um der proletarischen Bewegung zu nutzen, auch wirkliche Bildungselemente mitbringen . . . Stattdessen Versuche, die sozialistischen, oberflächlich angeeigneten Gedanken in Einklang zu bringen mit den verschiedensten theoretischen Standpunkten, die die Herren von der Universität oder sonstwoher mitgebracht und von denen einer noch verworrener war als der andere . . .

Solche Bildungselemente, deren erstes Prinzip ist, zu lehren, was sie nicht gelernt haben, kann die Partei gut entbehren.

Zweitens. Wenn solche Leute aus anderen Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, daß sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen, sondern sich einer noch verworrener war als der andere . . .

Das schreiben Karl Marx und Friedrich Engels in dem Rundbrief an die SPD-Führer von 1879, in dem sie mit ihrer Distanzierung von der Partei drohen. Lenin, der die Bedeutung der Studentenbewegung sehr genau und sehr hoch einschätzte [6], charakterisierte die Schwächen der linken Intelligenz:

„Niemand wird zu leugnen wagen, daß die Intelligenz als besondere Schicht der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gerade durch den Individualismus und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist . . ."

„Das Proletariat wird durch sein ganzes Leben viel radikaler zur Organisation erzogen als viele Intelligenzler. Das Proletariat . . . wird die organisatorische Rückständigkeit nicht durch Hinweise darauf rechtfertigen wollen, daß die Form weniger wichtig sei als der Inhalt. Nicht dem Proletariat, sondern manchen Intellektuellen in unserer Partei mangelt es an Selbsterziehung im Geiste der Organisation und der Disziplin, im Geiste der Feindschaft und der Verachtung für die anarchistische Phrase." [7]

Eine knappe und zugleich umfassende Charakterisierung finden wir in einer Ansprache Mao Tse-tungs vor Studenten und Jugendlichen:

„Die Intelligenz war jene gesellschaftliche Zwischenschicht, deren Bewußtsein am frühesten erwachte . . .

[5] Marx und Engels, Zirkularbrief, in: Auswahl, Berlin 1952, Bd. 2 S. 455.
[6] Vgl. den bereits zit. Artikel aus der Zeitg. „Student" (Fußnote 4) sowie: Der Beginn der Demonstrationen, GA Bd. 5, S. 329 f., Zwangsrekrutierung von 183 Studenten, Bd. 4 S. 416 f., Anzeichen des Bankrotts, Bd. 6 S. 66 f.
[7] Lenin, Ein Schritt vorwärts . . . GA Bd. 7 S. 266 und 393.

Wenn sich jedoch die Intelligenz nicht mit den Arbeiter- und Bauernmassen zusammenschließt, wird sie völlig hilflos sein. Um zu bestimmen, was dieser oder jener Vertreter der Intelligenz ist — ein Revolutionär, Nichtrevolutionär oder Konterrevolutionär — gibt es ein entscheidendes Kriterium:
Man muß wissen, ob er sich mit den Arbeiter- und Bauernmassen zusammenzuschließen wünscht und ob er sich tatsächlich mit ihnen zusammenschließt. Eben darin besteht der entscheidende Unterschied zwischen dem einen Teil der Intelligenz und dem anderen und nicht in Phrasendrescherein . . ." [8]
Diese Zitate können eine aktuelle Analyse nicht ersetzen. Sie zeigen aber den inneren Zusammenhang und die Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus und wohl auch, daß der SDS noch kaum den Punkt erreicht hat, der den Verzicht auf das Studium dieser Theorie erlauben würde. Die Abwendung von diesem Studium und die damit praktisch verbundene Hinwendung zu einigen Modeströmungen der bürgerlichen Soziologie bedeutet die praktische Ignoranz gegenüber den Erfahrungen unserer eigenen Bewegung mit der Folge, daß wir wie neugeborene Kinder den alten Problemen gegenüberstehen und zu den objektiv neuen Problemen gerade deshalb nicht kommen.

II. Zu einigen konkreten Bedingungen und Möglichkeiten der Studentenbewegung heute.

a) Voraussetzungen einer Bewegung über die Hochschulen hinaus unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus.

Wesentliche Momente einer neuen Stufe der kapitalistischen Entwicklung zeigen sich im Konzentrationsgrad, neuen Leistungsmethoden und in der unmittelbaren Einordnung des Staatsapparats in die Interessen der größten Monopole. Auf Grund dieser Veränderungen sind bestimmte administrative und ideologische Möglichkeiten des Kapitalismus entscheidend gewachsen. Der Monopolkapitalismus weist aber keine abgemilderte, sondern eher eine verschärfte Tendenz auf, die Kluft zwischen den durch die Entwicklung der Produktivkräfte gegebenen Möglichkeiten und der Wirklichkeit der Anwendung dieser Produktivkräfte und der verfestigten gesellschaftlichen Organisation noch zu vertiefen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß sowohl das amerikanische „Beispiel" wie die Tendenz der Entwicklung in der BRD zeigen, wie sehr dieses System im

[8] Mao Tse-tung, Die Bewegung des 4. Mai, Ausw. Bd. 3 S. 9.

Interesse des Profits gezwungen ist, auch im eigenen Land Elend und Diskriminierung zu produzieren und wie wenig es in der Lage ist, bestimmte Sozialprogramme (ohnehin höchst bescheidene) und soziale Zugeständnisse durchzuhalten. Das geschieht, obwohl die Herrschenden wissen, welche für den Kapitalismus günstigen Wirkungen bislang diese Zugeständnisse hatten und obwohl zahllose Linke zahllose lange Artikel geschrieben haben, wonach die Kapitalisten derlei „nicht mehr nötig" hätten usw . . . Die verstärkte Menschenfeindlichkeit des Systems wird besonders deutlich in der Vorbereitung zu direkter Gewaltanwendung (Notstandsgesetze); ein Tatbestand, der für die Selbsteinschätzung des Systems aufschlußreich ist und zugleich eine Antwort auf die oft gestellte Frage nach dem potentiellen revolutionären Subjekt enthält.

Den verschärften inneren Widersprüchen entspricht eine gesteigerte Fähigkeit des Kapitalismus, die Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität bei denjenigen zu verhindern, die am meisten Ursache hätten, diese Realität zu verändern. Das ist jedoch kein Anlaß zur Resignation.

Zwar ist der Manipulationsmechanismus vollkommener geworden, aber der Kapitalismus ist von der Wirksamkeit eines vielfältigen Verschleierungssystems abhängiger als jemals, weil seine reale Widersprüchlichkeit gewachsen ist.

Der antikapitalistische Kampf ist unter diesen Bedingungen wesentlich ein Kampf um die Köpfe der Menschen, für das Bewußtsein der realen Widersprüche und der eigenen gesellschaftlichen Position. Es ist inkonsequent, wenn einige Genossen meinen, auf diesem Weg sei nichts zu machen, das Verschleierungssystem sei „total", weshalb diese Genossen für die Abschaffung der „überholten Aufklärungsarbeit nach dem Lenin'schen Agitationsmodell" (Semmler) eintreten, und wenn sie andererseits allen Ernstes glauben, die entschlossene „Selbstaktion" einer „bewußten" (?) Minderheit könne genügen, den „Schleier" wegzureißen und die Aktion der Massen und das Bewußtsein der Massen auszulösen.

Bewußtseinsbildende Arbeit muß überall dort ansetzen, wo Einsicht möglich ist, weil bestimmte Konflikte erfahren werden, und wo Bewegung — sei es auch nur ansatzweise — vorhanden ist. Bewußtsein entsteht also nicht außerhalb der konkreten, alltäglichen, eigenen Interessen der Massen und nicht außerhalb des eigenen Handelns dieser Massen. Offenbar bleibt uns nichts anderes übrig, als uns mit solcherlei „Banalitäten" abzugeben, denn die Arbeit der linken Intellektuellen kann sich unter diesen Umständen nur auf die gegebenen oder aus der gegebenen Situation entwickelbaren Kämpfe und Bewegungen richten und kann sich langfristig nur auf die Masse derer orientieren, die objektiv die Widersprüche des

Systems am schärfsten erfahren, also die Arbeiterklasse, die das größte Interesse hat und die entscheidende Kraft entwickeln kann, dieses System zu stürzen. Dabei kann auch die vielgeforderte „Analyse" nicht „geleistet" werden ohne die Hinwendung zur konkreten Realität des Klassenkampfes in der BRD und ohne die bewußte Teilnahme daran, denn „die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren".[9]

b) Ist die klassenmäßige Differenzierung von Intelligenz und Arbeiterklasse verschwunden?

Einige sagen: Die zitierten Hinweise auf die Tendenz zum Subjektivismus, die mangelnde Solidarisierung mit der Arbeiterklasse etc., waren in früheren Zeiten höchst sinnvoll. Heute reduziert sich das Problem aber auf einen bloßen Unterschied zwischen bewußten (weil rebellierenden und mobileren) Studenten und Intellektuellen und zurückgebliebenen anderen Arbeitern. Da der traditionelle klassenmäßig verschiedene Ausgangspunkt nicht mehr gegeben ist, ist die angesprochene „Hefefunktion" nicht mehr nur eine erreichbare Möglichkeit, sondern eine, vorläufig noch durch die „Totalität des Verblendungszusammenhangs" blockierte, Selbstverständlichkeit.

Soweit sie nicht lediglich mit der Ersetzung des objektiven Klassenbegriffs durch Kriterien wie „rebellierend" „begründet" wird, verdient diese Auffassung tatsächlich Beachtung. Sie bezieht sich auf die sogenannte „Einordnung der Wissenschaft in die unmittelbaren Produktivkräfte"; sie geht aus von der Tendenz zur Veränderung der Qualifikationsstruktur und der tatsächlichen Annäherung zwischen der wachsenden Zahl von Facharbeitern und Ingenieuren und den „Akademikern" in Ausbildung, Qualifikation und Funktion im Arbeitsprozeß. In diesem Zusammenhang steht auch die Tendenz zur Neudefinition von Aufgaben und Struktur der Ausbildungsstätten der Akademiker durch die Bedürfnisse der modernen kapitalistischen Industrie, die im Wissenschaftsratsgutachten ihren wenig verhüllten Ausdruck findet.

Soweit es aber um tasächliche Analyse geht, kommt es nicht darauf an, Tendenzen isoliert zu bewerten und zu verallgemeinern, sondern sie hinsichtlich ihrer Auswirkungen in der Realität zu untersuchen. Z. B. rebellieren die Studenten heute gegen den Angleichungsprozeß in der Form, in der er sich an der Hochschule verwirklicht; von dieser Widersprüchlichkeit geht unsere Praxis aus, obwohl gleichzeitig Analysen der

[9] Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Berlin 1958, S. 17.

vollzogenen Verschmelzung feilgeboten werden. Oder: Die Einordnung der Hochschulen als Ausbildungsstätten in die Bedürfnisse der kapitalistischen Großindustrie ist noch lange keine Verwandlung der Hochschulen in Betriebe der materiellen Produktion; Ausbildung und Güterproduktion fallen im Kapitalismus nach wie vor auseinander.

c) Konkrete Bedingungen der Studentenbewegung und die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben.

1. Eine ziemlich allgemein anerkannte Analyse der Ursachen der Studentenbewegung enthält der Artikel des Genossen Lefevre in der nk 38/39. Die objektive Situation der Studenten wird bestimmt durch die am Ende der Rekonstruktionsphase verschärften Anforderungen der kapitalistischen Industrie an die Hochschulen, die unter den Bedingungen der Krise der Staatsfinanzen, fehlender Umstrukturierungen und des im reaktionären Interesse gebotenen Kompromisses mit der halbfeudalen Universitätsbürokratie für die Mehrheit der Studenten eine verschärfte Repression bedeuten. Die so erfahrenen Widersprüche können nicht „hochschulintern" verarbeitet werden; sie sind Ausdruck der Widersprüchlichkeit des Systems und isoliert nicht zu bekämpfen. Das ist die Ursache für die Fortentwicklung der Demonstrationen von Fragen der Studienzeitverkürzung zu bewußt politischen Themen wie Schah, Vietnam, Notstand.
   Das bedeutet die Möglichkeit, in der Entwicklung der Protestbewegung einen Prozeß des Erkennens der Gegner und Freunde im gesellschaftlichen Maßstab einzuleiten, ein Bewußtsein, das von selbst weder aus erfahrener Repression an der Hochschule noch aus intensiver Beschäftigung mit Universitätswissenschaft entstehen kann. Diese gesellschaftliche Orientierung wird um so mehr real, je mehr es gelingt, Fragen wie die Haltung zur Arbeiterklasse, zu ihren sozialen und demokratischen Forderungen, den Klassencharakter (nicht nur die Rückständigkeit) der eigenen Wissenschaft usw. in die Bewegung einzubeziehen.
2. Diese Politisierung hat gegen integrative Faktoren und politische Vorurteile zu kämpfen. Man kann Faktoren wie die Herkunft der Studenten, die fast ausschließlich bürgerlich oder kleinbürgerlich ist, nicht vernachlässigen (nach der VDS-Erhebung kommt ein Drittel aus Beamtenfamilien; die Beamten stellen dagegen nur 7 Prozent der Bevölkerung). Die wenigen Prozent der Arbeiterkinder bilden keine Ausnahme, denn unser Bildungssystem bringt eine aufstiegsfixierte „Auslese" von Arbeiterkindern an die Hochschule. Erziehung, Milieu und Ideologie sind nicht durch einige Demonstrationen abgestreift,

ebenso wie die Beeinflussung durch ideologisierte Theorien und unwissenschaftliche Behauptungen von Professoren nach wie vor eine Rolle spielt. In den 50er Jahren gab es keine linke Studentenschaft, sondern nur linke Studenten, die sich ausnahmen wie rote Tupfen in einem bräunlichen Meer von Studenten, die extrem antisozial eingestellt waren und deren einzige politische Artikulation aus einem Antikommunismus in so verbohrt-primitiver Form bestand, wie ihn die Arbeiter nicht einmal zu Hitlers Zeiten annahmen.

Keiner dieser ideologischen Faktoren hat sich als dauerhafte Fessel erwiesen; dennoch würden wir uns täuschen, wenn wir einen Einbruch in dieses Gebäude mit dessen Zusammenbruch verwechseln würden und übersehen würden, daß sich Vorurteile und elitäres Denken auf der Basis einmal begonnenen Engagements in neuer Form reproduzieren können.

3. Eine oft übersehene Bedingung des Engagements, das von der Hochschule ausgeht, ist die Tatsache, daß das integrierende Moment der Erwartung einer späteren privilegierten Existenz weitgehend weggefallen ist; und zwar nicht deshalb, weil diese Erwartung keine Anziehungskraft mehr auf die Studenten gehabt hätte, sondern weil sie weitgehend irreal geworden ist durch die neue Perspektive des akademischen Facharbeiters, der bestenfalls geleiteten Leitungsposition und der ökonomischen Annäherung an die Arbeiterklasse. Heute ist „dem akademischen Nachwuchs seine reale Klassenposition nach der Eingliederung in das nachuniversitäre Erwerbsleben ... deutlich geworden" (W. Abendroth) [10]. Es ist notwendig, diese Kausalität richtig zu sehen, um der idealistischen Annahme zu entgehen, die Studenten hätten irgendwie „von selbst" oder aus moralischen Gründen auf die Rolle eines Offizierskorps des Kapitalismus verzichtet. Der Imperialismus selbst treibt große Teile der Intelligenz aus der Identifikation mit dem System und schafft so die Möglichkeit einer neuen, antikapitalistischen Identifikation.
4. In der Studentenbewegung verwirklicht sich vor allem ein demokratisches Engagement, das sich gegen die verschärften Tendenzen autoritärer Herrschaftsausübung anhand der konkret erfahrenen Repression richtet und sich auch allgemein-politisch artikuliert. Dieses Engagement zeigt bei der großen Mehrheit noch einige (subjektiv nicht bewußte) elitäre Momente, etwa im Sinn der „besonderen Rechte der

[10] W. Abendroth, Zu den Problemen des sozialistischen Zentrums und sozialistischen Strategie ..." Frankfurt 1967, S. 12.

Wissenden". Gleichzeitig ist dieses Engagement aber die Grundlage einer wesentlichen Interessendeckung mit der Arbeiterklasse und den oppositionellen Gewerkschaften und Gewerkschaftsgliederungen. Das ist der Schlüssel zum Verständnis der These des Münchner Antrags (Nr. 11), nämlich daß es darauf ankommt, die Fortgeschrittenheit der einen Seite für die andere nutzbar zu machen.

Haben nicht viele Studenten und viele AStAs bestimmte Notwendigkeiten des heutigen demokratischen Kampfes schneller und besser begriffen, als die Arbeiter und die meisten ihrer Organisationen? Zusammenarbeit kann hier mobilisierenden Charakter haben. Kann dadurch nicht zugleich die Gleichgültigkeit vieler demokratischer Studenten gegenüber den sozialen Interessen der Werktätigen abgebaut und auch ein klares Verständnis des Charakters des S t a a t e s erreicht werden, der ja nicht von ungefähr „bürokratisch" und repressiv ist, sondern der Teil eines Ausbeutungssystems ist*.

Hier hat eine Antinotstands-Bewegung, die nicht bloß an der Frage der Gesetzgebung haftet, eine Schlüsselfunktion. Denn die Notstandsmaßnahmen sind der schärfste Ausdruck der sozialen und politischen Umorientierung des Kapitalismus der Nachaufstiegsphase, die das Ende der scheinbar permanenten Verbesserung der Lebensbedingungen durch den Kapitalismus und die Notwendigkeit der Anpassung des Überbaus an die veränderten ökonomischen Bedingungen gebracht hat. Weil dieser Prozeß neutral ist und in der Notstandsproblematik am klarsten zum Ausdruck kommt, lassen sich in der Antinotstands-Bewegung letztlich alle wesentlichen aktuellen Widersprüche des Kapitalismus verdeutlichen. Es zeigt sich der Zusammenhang der Militarisierung der Betriebe und Wohnviertel, der Entwicklung einer neuen Wirtschaftssteuerung im Interesse der größten Monopole und der Strukturplanung für die Hochschule, der Blockierung und teilweisen Senkung von Löhnen und Sozialleistungen, des Ausbaus der Repressionsinstrumente und -Methoden.

In der Antinotstands-Bewegung und in den Einzelbewegungen, die nicht isoliert betrachtet und geführt werden, verwirklicht sich die aktuell erreichbare Einheit von Hochschulbewegung und Arbeiterbewe-

* Manche, in ihrer Aktivität völlig richtig reagierende AStAs sprachen in Erklärungen nach dem 2. Juni gerade so, als hätten sie erstmals entdeckt, daß dieser Staat gegen die Interessen seiner Bürger handeln kann, als wäre ein Sündenfall geschehen. Es hängt vom SDS ab, wieweit solche Ereignisse auf die Dauer zu mehr als zu linksliberaler Empörung führen; davon also, wieweit der SDS selbst mehr ist als organisierte Empörtheit.

gung mit der Perspektive einer umfassenden antikapitalistischen Einheit. Dem SDS käme hier eine avantgardistische Funktion zu.**

III. Radikalisierung und Radikalisierung.

Die Zürcher „Tat" beruhigte jüngst jene, die, ob der studentischen Aktivitäten aufgeschreckt, eine ernsthafte Zunahme der sozialistischen oder gar kommunistischen Umsturzbestrebungen fürchteten, weil nämlich die studentischen

„Linksoppositionellen im Kommunismus nicht das Heil erblicken. Überhaupt zeichnen sie sich dadurch aus (!), daß sie, abgesehen von verschwommenen Utopien, keine konkreten Zielvorstellungen haben. Einig sind sie sich lediglich in der Ablehnung dessen, was sie Government und Establishment nennen." [11]

Es ist nicht verwunderlich, daß das Establishment hier seine Chance erkennt. Wie kommt es denn, daß die bürgerliche Presse kaum über Aktionen berichtet, die breitere Kreise ansprechende Forderungen artikulieren, während sie sich fast überschlägt, wenn einige Studenten oder Schüler einen Omnibus beschädigen oder ohne besondere Motive den Berufsverkehr stören.

Wie anders denn als zielgerichtete Politik des Klassengegners ließe sich die rasende Publicity der sogenannten Kommune erklären? An der Art der Berichterstattung ist die direkte politische Absicht erkennbar, eine Abstempelung der studierenden Opposition zu erreichen, durch die die Möglichkeit einer Ausstrahlung verhindert wird und sogar die demagogische Mobilisierung nicht nur rückständiger Ideen und Vorurteile, sondern auch bestimmter Seiten eines Klasseninstinkts gegen die Studenten möglich wird.

Es ist tatsächlich der gangbarste Weg zur Integration der linken Studenten, ihre Bewegung zur bloßen Selbstbespiegelung einer frustrierten Elite, zur bunten, aber wirkungslosen Ergänzung des manipulierten Nachrichtenspektrums werden zu lassen. In dieses Konzept gehört auch der Versuch, die sogenannten Studentenführer nach eigenem Gutdünken auszuwählen und zurechtzubauen und sie am Ende neben die anderen Hampelmänner des imperialistischen Prominentenpanoptikums zu Willy Brandt, Uwe Seeler und Gunther Sachs zu hängen. Wird dieser Weg von uns hingenommen, so schließt das keineswegs gelegentliche Aktionen und

** Unbedingt beachtenswerte Ausführungen hierzu enthält die Ausarbeitung, die Gen. Heiseler auf der DK vortragen wollte. Sie sollte dem Verband zugänglich gemacht werden.

[11] Zitiert nach Süddeutsche Zeitung vom 18. September 1967.

grundsätzliche „Radikalität" aus; auch die Theorie wird nicht zu kurz kommen bei mancher im Kultur- und Geistesleben und auch im Suhrkamp-Verlag hochbeachteten Revolutionsbegriffsdiskussion. Rudolf Augstein wird sich nicht scheuen, diese Studentenlinke das „Gewissen einer trägen Nation" zu nennen.

Daß diese Tendenz, diese mögliche Entwicklung heute so klar sichtbar ist, bestätigt die Richtigkeit einer These Clara Zetkins aus der Diskussion gegen die (neuerdings wieder vielzitierten) Pseudolinken in der KPD der Weimarer Republik — Ruth Fischer, Karl Korsch, Artur Rosenberg u. a. —, nämlich daß die Radikalisierung allein nicht unbedingt und nicht von selbst Radikalisierung im Sinn der Arbeiterbewegung sein muß. [12] Die Erkenntnis, daß zwei Wege möglich sind, bedeutet aber für einen sozialistischen Verband, Tatsachen wie unsere Trennung von der Bevölkerung und die Schwierigkeiten, diese Trennung zu überwinden, nicht zum Anlaß alberner Selbstbestätigungen im Sinne unserer eigenen „Fortgeschrittenheit" als „einzige funktionierende sozialistische Organisation in der BRD" etc. etc. zu nehmen und so die in Wirklichkeit fehlende Fortgeschrittenheit auf diesem entscheidenden Gebiet zur Tugend zu erklären und zu verfestigen. Es kommt darauf an, gegen jede Immobilität aus den eigenen Reihen und gegen die Versuche des Gegners, uns auf dem Niveau der bloß unbequemen studentischen Radikalen festzuhalten, eine Überprüfung der jetzigen politischen Orientierung durchzuführen. Um die im Grund jedem SDS-Mitglied bewußte Wirkungslosigkeit zu durchbrechen, muß die Frage, wie oppositionelles Potential aus der Studentenschaft zu einem Potential für die Entwicklung einer Massenbewegung werden kann, als Frage der Tagespolitik, der politischen Aussage jeder Aktion gestellt werden. Die 22. Delegiertenkonferenz hat keine Beschlüsse gefaßt, die dem entgegenstehen könnten.

IV. Friede der Phrase — Krieg dem Marxismus?

Die Tendenz zur Negation der Aufklärungsarbeit und gleichzeitig zur Desorganisation im Sinn des Abbaus des erreichten Niveaus der politischen Arbeit läßt sich am deutlichsten aus einem Frankfurter Initiativantrag entnehmen, der behauptet, neue Protestformen hätten die „Identität von Aktion und Agitation" verwirklicht. Es ist zwar eine Banalität, zu sagen, daß jede Agitation zugleich eine Aktion zumindest der Agitierenden selbst ist. Gemeint ist mit dieser „neuen" These in Wirklichkeit,

[12] Clara Zetkin, Brief an den Parteitag (1924), in: Flechtheim, Die KPD ..., Offenbach 1948, Anhang.

daß sich jede Agitation (= Aufklärungsarbeit an Hand konkreter Einzelfragen) der Form der sog. „direkten Aktion" (unmittelbares Vorgehen einer oppositionellen Minderheit gegen eine Institution) bedienen müsse. Auf Grund dieser Identität also sei die „Aufklärungsarbeit im traditionellen Sinne" hinfällig. (Wenn diese Behauptung einen Sinn hat, dann den der Beschränkung auf die „direkte Aktion", was konsequent genommen heißt: Verzicht auf „bloße" Aufklärungsbroschüren, Flugblätter, Hausagitation, Unterschriftensammlungen, auf das Machen von Zeitungen und auf „bloße" Aufklärungsversammlungen usw. usw.). Was bliebe einer „Institution" wie dem Bundesvorstand in so einem Verband zu tun? Nichts, möchte man meinen, denn diese Genossen können „direkte Aktionen" auch machen, ohne daß wir sie wählen. Das geben die Genossen Antragsverfasser auch zu, wenn sie im Anschluß an den „analytischen" Teil ihres Antrags die neuen Aufgaben des Bundesvorstands definieren: er soll „praktischen Internationalismus pflegen", nämlich die „direkte Verbindung zur globalen revolutionären Bewegung" (Reisen?), „in regen Materialaustausch treten", „Zeitungen abonnieren" und diese „sammeln und archivieren".

Hier haben wir es zu tun mit einer Tendenz zum Ausbau der Organisation und mit einer angeblich internationalistischen ideologischen Emigration, einer Entpolitisierung, die sich auch zeigt an der (von Genossen Reiche kritisch erwähnten) Abkehr von sytematischer Notstandspolitik, am Unverständnis gegenüber der Jugendarbeit und Schulung und an der „Nichtbefassung" mit allem, was mit großer Koalition, Gewerkschaften oder Zusammenschluß der Linken zu tun hat.

Die Unterschätzung der Beziehung von Organisation und Politik ist nicht nur für den SDS selbst gefährlich; die Lage der Studentenbewegung in ihrer Gesamtheit erfordert im gegenwärtigen Moment besonders die organisierende Arbeit, ja sogar die bewußte Schaffung neuer Institutionen. Die Schwäche der Hochschulrevolte liegt gerade in der Tatsache der bloßen Revolte; es kommt darauf an, daraus den permanenten politischen Kampf zu entwickeln. Dieser setzt aber bestimmte Strukturierungen und die zielbewußte Zusammenarbeit vieler, d. h. Organisationen voraus.

Das resignative Wenig, das heute von Berkeley übrig ist, verdiente gerade die Beachtung derjenigen Genossen, die noch vor einem Jahr Berkeley zum „Modell" erklärten und allerlei Grundsätzliches davon ableiteten. Berkeley ist in der Tat ein Modell und heute nicht mehr von diesem Modell lernen zu wollen, heißt blind in eine vermeidbare Niederlage stolpern. Umgekehrt ist ein Beispiel dafür, was Organisierung auf einer

klaren politischen Plattform ausrichten kann, die Bewegung nach dem 2. Juni: Auch ohne den SDS und einige linke AStAs wäre es zu einer Protestbewegung und zu Demonstrationen gekommen; diese Bewegung hätte aber kaum dieselbe Politisierung der Studenten bewirkt, kein dauerhaftes Potential schaffen können. Anstatt die fortgeschrittenste Studentenorganisation, den SDS, zu demontieren, hieße es, diese Organisation zu stärken und sich gleichzeitig Gedanken zu machen, wie das neue Potential, das bislang nur durch gelegentliche Teilnahme an einer Versammlung oder Demonstration in Erscheinung tritt, zu einer selbst aktiven, permanenten Kraft organisiert werden kann — z. B. in Form eines demokratischen Studentensyndikats mit breiter Mitgliedschaft, mit einem Kampfprogramm für die Hochschule und einer politischen Plattform, die die wesentlichsten demokratischen Forderungen umfaßt. Diese oder eine andere Form der Organisierung könnte helfen, eine Entwicklung wie in Berkeley zu vermeiden.

Daß diese Entwicklung des Protests zur politischen Bewegung nicht durch bürokratische Institutionen erreicht werden kann, ist klar. Ebenso wird diese Entwicklung aber durch die grundsätzliche Ablehnung zweckbestimmter und mobiler „Apparate" unmöglich gemacht. Für die politische Bewegung haben deshalb die organisatorischen Vorstellungen oder besser Nicht-Vorstellungen, die von antiautoritärer Emotionalität allein ausgehen, denselben praktischen Effekt wie die „Arbeit" reformistischer und bürokratischer Kräfte: das Fehlen kämpferischer Organisierung.

Von der teils falschen Auffassung über Organisation und teils richtigen, aber nicht ohne weiteres verallgemeinerbaren Erfahrung unserer Arbeit an der Hochschule aus werden nun einige „Organisationsmodelle" entwickelt und als allgemeingültig der Linken angeboten. Der Inhalt dieser Vorstellungen läßt sich mit Hegel beschreiben als:

„gestaltloses Sausen des Glockengeläuts oder eine warme Nebelerfüllung, ein musikalisches Denken, das nicht zum Begriff, der die einzige immanente gegenständliche Weise wäre, kommt."

Inhaltlich bieten diese Vorstellungen der sozialistischen Bewegung tatsächlich nichts weiter an, als anarchistische Dogmen traditionellster Art, als Kataloge der Kampf- und Organisationsformen, auf die grundsätzlich zu verzichten sei, als da ist die Organisationsform der Partei, die Agitation über und Ausnutzung der Parlamente, Gemeinderäte und bürgerlich-demokratischen Gremien und die aktive Solidarisierung mit den ökonomischen Kämpfen und „profanen" Tagesinteressen der Arbeiter. Wie bei der Abkehr von wichtigen und breitenwirksamen Agitationsfor-

men und bei der geforderten Teilnahmslosigkeit gegenüber den „nicht-revolutionären" sozialen und Tagesinteressen der Arbeiter später auf einer „revolutionären" Basis die Vereinigung mit denselben Arbeitern vor sich gehen soll, bleibt ein Geheimnis. Die Negation politischer Praxis, die diesen Modellen eigen ist, zur Linie des SDS zu erheben, würde den Rücktritt von der Funktion, Teil der sozialistischen Gesamtbewegung zu sein, bedeuten und das gerade in dem Moment, in dem der SDS entscheidende Kraft mit einbringen und entscheidende Hilfe bei der Neuformierung einer sozialistischen Linken leisten könnte. Dieser Rücktritt von sozialistischer Politik wird sich unweigerlich verwirklichen, wenn die sozialistische Studentenbewegung unter die Führung einer Allianz von unpolitischen sogenannten anti-autoritären Linken und einigen Gewerkschaftsopportunisten, die die Geschäfte der SPD besorgen, gerät. Das Programm dieser Allianz wäre die Beschränkung auf gelegentliche Aktionen und die Anfertigung unverbindlicher Analysen und Auftragsarbeiten anstatt die Formierung der Linken und die „internationalistische" und „revolutionäre" Phrase anstatt marxistischer Theorie.

Erich Eisner

Parlamentarismus – Parlamentarische Aktion – Sozialistische Politik

I.

Im Bonner Bundeshaus hat sich jüngst eine kaum beachtete Szene abgespielt, die die gegenwärtige Situation des Parlamentarismus schärfer aufgerissen hat, als viele langatmige Diskussionen und Theorien das zuweilen leisten können. Eine Delegation von Mannheimer Gewerkschaftern hatte sich im Bundeshaus angekündigt, um im Namen ihrer 90 000 Kollegen

den zuständigen Wahlkreisabgeordneten die ablehnende Haltung des DGB zu den Notstandsgesetzen zu erläutern. Die Vertreter des arbeitenden Volks erschienen in ihrer Arbeitskluft: im Blauen und versetzten allein damit die sogenannten Volksvertreter in gehörigen Schrecken. Peinlich betroffen bemühten sich die angesprochenen SPD-Parlamentarier, den Anschein zu verwischen, als ob sie auch nur das geringste mit diesen „Gesandten einer fremden Welt" zu tun hätten. Schließlich hat der große Koalitionsminister Carlo Schmid in wilhelminischer Manier die restlichen Zweifel beseitigt: Er ließ die Arbeiterdelegation aus Mannheim wissen, daß er nicht ihr Vertreter, sondern ein Vertreter des ganzen deutschen Volkes sei.[1]

Jedermann weiß, daß die Mannheimer Genossen nicht in der Illusion befangen waren, sie könnten die Bonner Kartellpolitiker zum Kampf gegen die Notstandsgesetze bewegen oder zwingen. Es ging ihnen um eine schlichte Demonstration: um die schon optisch gelungene Demonstration, wie tief und unversöhnlich die Kluft ist zwischen denen, die die objektiven Interessen der lohnabhängigen, arbeitenden Mehrheit unserer Gesellschaft formulieren und denen, die sich Volksvertreter nennen, aber faktisch einer Politik akklamieren, die systematisch den Abbau des Lebensstandards und der demokratischen Grundrechte eben dieses Volkes betreibt; es ging den Mannheimer Genossen um den demonstrativen Hinweis, daß in diesem Bonner Parlament keine Partei, noch nicht einmal eine nennenswerte Gruppe von Abgeordneten, die Interessen der Werktätigen vertritt, daß nicht einer dieser Volksvertreter im Parlament das klare Nein zu den Notstandsgesetzen vorbringt, das die gewerkschaftliche Organisation von 6 Millionen Arbeitenden ausgesprochen hat.

Genossen — es gibt im SDS eine Tendenz, das Problem des Parlamentarismus — und damit auch das eines sozialistischen Verständnisses parlamentarischer Aktion — mit der linken Hand hinwegzuwischen. Parlament und Wahlen werden wie selbstverständlich aus dem Bezugsrahmen sozialistischer Politik eliminiert. Man ist einfach fertig mit der institutionell-parlamentarischen Eindimensionalität. Die Große Koalition war im Grunde eine Art „self-fulfilling-prophecy" all dessen, was man ohnehin seit Jahren als Funktionsverlust und Funktionswandel des Parlamentarismus vorausgesagt hatte.

Die Leichtfertigkeit, mit der zuweilen in der gegenwärtigen Diskussion im SDS diese Probleme angegangen werden, belastet insbesondere zwei

[1] Vgl. L. Boepple: Maskerade, in: express international, 47, 24. 7. 1967.

Bereiche, die unsere aktuelle politische Praxis unmittelbar einschließt. Zum ersten die Frage nach der Funktion und dem Ziel außerparlamentarischer Opposition. Diese Leichtfertigkeit drückt sich meines Erachtens darin aus, daß hier die objektive Situation, die nämlich darin besteht, daß die Interessen, Bedürfnisse und Forderungen der Lohnabhängigen im Parlament nicht ausgesprochen werden und auch in der nächsten Zukunft dort nicht vertreten werden — diese objektive Situation wird unkritisch als abgeschlossenes Kapitel, als verdinglichte Objektivität registriert, um dann als Legitimation einer außer- oder gar antiparlamentarischen Politik herzuhalten. Wie gesagt, es geht mir zunächst um das Gewicht dieser Problematik für unsere Diskussion. Die Gefahr einer gewissen Leichtfertigkeit scheint mir insbesondere für eine Programmatik des institutionellen Unterlaufens zu gelten, die die theoretische wie praktische Konfrontation mit den politischen und ökonomischen Institutionen der spätkapitalistischen Gesellschaft ebenso scheut wie die die politisch-praktische Antwort auf die Frage nach der „Verstümmelung des Klassenbewußtseins" in Perioden relativ unerschütterter, konterrevolutionärer Herrschaft. Eine Position, die gegenwärtig sozialistische Politik bewußt und ausschließlich auf die Mobilisierung gesellschaftlicher Randgruppen und Minoritäten beschränken will und die dabei auch fern der eigentlichen Zentren kapitalistischer Macht und Herrschaft die manisch-depressiven Zyklen spontaner Protestbewegungen durchläuft und reproduziert — eine solche Position verkennt schlicht die Funktion, die gerade in der gegenwärtigen Situation, in der die Notstandsgesetze den Schwerpunkt unserer Diskussion diktieren, das Parlament als besonderes Herrschaftsinstrument im Spätkapitalismus hat. Sie verkennt auch die politisch durchaus ambivalente Funktion, die das Parlament im Bewußtsein der Bevölkerungsgruppen hat, die wir als Adressaten unserer Aktionen bestimmen: Der Schein der politischen Entscheidung und Repräsentanz, dieser manipulative Schleier, der permanent den Klassencharakter der parlamentarischen Entscheidungen verhüllen muß, zerreißt dort, wo *auf das Parlament gerichtete Aktion,* wo kollektive Fragen an Parlamentarier und Parteien den Bruch zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Volk und Volksvertretern sichtbar konkretisieren.

Lenins Kritik der „linken" Kommunisten aus dem Jahre 1920 hat in dieser Frage kaum an Aktualität verloren:

„Für die Kommunisten in Deutschland ist der Parlamentarismus natürlich ‚politisch erledigt', aber es kommt gerade darauf an, daß wir das, was *für uns* erledigt ist, *nicht* als erledigt *für die Klasse,* nicht als erledigt *für die Massen* betrachten. Gerade hier sehen wir wiederum, daß die ‚Linken'

nicht zu urteilen verstehen, daß sie nicht als Partei der *Klasse,* als Partei der *Massen* zu handeln verstehen. Ihr seid verpflichtet, nicht auf das Niveau der Massen, nicht auf das Niveau der rückständigen Schichten der Klasse hinabzusinken. Das ist unbestreitbar. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid Ihr verpflichtet, den *tatsächlichen* Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen *Masse* (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) *nüchtern* zu prüfen."[2] Schließlich sollte noch folgende Voraussetzung für unsere Diskussion um die parlamentarisch gerichtete Aktion selbstverständlich sein: Wenn eine Klassenkampf-Organisation, die bereits über eine Massenbasis verfügt, das Problem der parlamentarischen Abstinenz oder gar des offenen Antiparlamentarismus auf die Tagesordnung setzt — ein Problem, mit dem sich etwa die KPD nach der Novemberrevolution auseinanderzusetzen hatte —, so hat das nicht das geringste mit jenem von organisierten oder gar nur „bewegten" Minderheiten proklamierten Antiparlamentarismus zu tun. Die qualitative Differenz zwischen der offenen kämpferischen Konfrontation und dem durch die eigene Schwäche bedingten Weg- bzw. Unterlaufen, sollte allen bewußt sein.

Zudem ergibt sich aus dem zentralen Thema, das diese Konferenz bislang zu überlagern scheint: aus der *Organisationsfrage,* die Notwendigkeit, einige der mit dem Parlamentarismus verknüpften Probleme bewußt zu machen. In diesem Zusammenhang sind ja überhaupt erst die Stereotypen Partei und Parlamentarismus aufgetaucht. Es scheint eine Reihe von Genossen zu geben, bei denen die bloße Erwähnung des Begriffs Organisation eine Art von „Aha"-, vielleicht auch „Aso"-Ketten-Reflex auslöst: Organisation, das heißt Partei und damit stehen wir schon wieder bis zum Hals im parlamentarischen Kretinismus. Der Kreis der traditionalistischen Widersprüche ist a priori fest geschlossen, wo doch — wie *Dutschke* sagt — „nur wenig soziologische Sachkenntnis" dazu gehört diesen Zirkel zu begreifen. *Dutschkes* Behandlung der Organisationsfrage scheint hier überhaupt mehr von einem diffusen antiorganisatorischen Affekt als von einem kritisch-historischen Begriff des Parteiproblems bestimmt zu sein. Wenn er behauptet, daß jede Partei nur die Widersprüche der alten Parteien reproduzieren könnte und daher sinnlos sei — oder wenn er gar — wie in seinen Bemerkungen über die Entwicklung

[2] W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus, in: Ausgewählte Werke, Band III, Berlin, 1964, S. 428.

in China — die Partei zwischen Masse und Führung gänzlich übergeht[3], so versetzt er damit seiner eigenen Prämisse, daß Tradition die schöpferische Weiterentwicklung von historisch Konkret-Gewordenem sei, einen handfesten Fußtritt. Die Unterstellung, daß Partei ein historisch gebundener Begriff sei — gebunden an den Parlamentarismus, an bürokratisch fixierte Organisationsprinzipien — unterschlägt bewußt den schöpferischen Begriff der Parteienfrage, der heute aus der Diskussion vom Parteibegriff des Kommunistischen Manifestes über Lenins „Was tun" bis hin zum Selbstverständnis der PSU und PSIUP oder der kommunistischen Parteien Westeuropas zu gewinnen ist; sie zerschneidet willkürlich den Bezug auf politische Aktualität.

Nach diesen Vorbemerkungen zur Intention meines Beitrages will ich einige Thesen zum Verhältnis von Parlamentarismus und sozialistischer Politik zur Diskussion stellen:

II.

1. Das Parlament ist eine Institution der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft. Sein historisch-politischer Funktionswandel ist ein Moment der Dialektik der Klassengesellschaft selbst.

Das revolutionäre Bürgertum kämpfte für die Kompetenzen des Parlaments, in dem der 3. Stand als Nation repräsentierte.[4] Die Trennung der Legislative von der Exekutive sollte den Schutz der bürgerlichen Eigentumsordnung vor willkürlichen Eingriffen des Monarchen garantieren. Die Funktion der Staatsform wie des Parlaments ist fortan auf die beiden konstitutiven Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft bezogen: Auf die Veränderung des kapitalistischen Marktes und der ökonomischen Verfassung sowie auf die jeweilige historische Ausprägung des Klassenkampfes.

Solange der kapitalistische Warenmarkt den Prinzipien der kapitalistischen Konkurrenz unterlag, solange konnte auch das Parlament als der politische Markt konkurrierender Interessen der besitzenden Klassen fungieren, deren parlamentarisches Monopol durch den Wahlzensus garantiert war. Mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktivkräfte wurde einerseits die Konzentration und Zentralisation des gesellschaftlichen Kapitals und damit der Kampf um die Monopolisierung des

[3] Vgl. dazu R. Dutschke in: Antwort an Augstein, in: konkret; und Einleitung zu Che Guevara: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam, Berlin, 1967.

[4] J. Habermas: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, in: Habermas, Friedeburg et al.: Student und Politik, Neuwied, 1961, S. 21.

Marktes zur dominierenden Tendenz; einherging die Formierung des industriellen Proletariats zur Klasse, seine Organisation in Massenparteien, die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechtes und das Eindringen der sozialistischen Parteien in die bürgerlichen Parlamente. Die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Reproduktion wie der Machtanspruch der Arbeiterbewegung zwangen die Bourgeoisie, die Lebensbedingungen ihrer eigenen parlamentarischen Gewalt zu vernichten.[5] Die frühere institutionelle Trennung von Staat und Wirtschaft ging in der institutionellen Verflechtung beider auf: Der Staat garantierte die imperialistische Expansion und die monopolistischen Binnenmärkte ebenso wie die Grundlagen der privaten Eigentumsverhältnisse durch die Unterdrükkung der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie unterwirft sich dem der politisch-gesellschaftlichen Kontrolle enthobenen staatlichen Ordnungsgaranten[6], ohne dabei die formal-republikanischen Elemente der Wahlen und des Parlaments — zunächst aus Furcht vor der Arbeiterbewegung — aufzuheben. Das Parlament wird damit für eine kurze Periode durch die Präsenz und Agitation der sozialistischen Parteien zur „Tribüne des Klassenkampfes", solange diese Parteien selbst nicht in die staatliche Exekutive, die staatliche Bürokratie und das Marktgeschehen — über die Gewerkschaften — funktional integriert waren.

Nach dem ersten Weltkrieg, in der sogenannten Zwischenkriegsperiode, definiert sich die Funktion des Parlamentarismus in den imperialistischen Staaten abermals aus dem Kräfteverhältnis der antagonistischen Klassen. Der Widerspruch zwischen der Kontrolle über die Exekutive durch die Organisationen der Arbeiterklasse, die durch die Erkämpfung des vollen Parlamentarismus zumindest möglich geworden war, und den Reproduktions- und Expansionsschwierigkeiten des Imperialismus (Konkurrenz auf dem Weltmarkt, Verlust kolonialer Einflußgebiete, Nachhol- und Rationalisierungsinvestitionen, idle surplus) — dieser Widerspruch löste sich nach dem gescheiterten Ansturm der Arbeiterklasse auf die Macht in der Liquidierung der parlamentarischen Kontrollinstitution auf. Mit der absoluten Loslösung der Exekutive konnte erst im Faschismus

[5] Karl Marx hat im „18. Brumaire des Louis Bonaparte" die Bereitschaft der Bourgeoisie beschrieben, angesichts des Drucks der Arbeiterklasse ihre politisch-parlamentarische Herrschaft zugunsten der bonapartistischen Diktatur aufzugeben: »Indem also die Bourgeosie, was sie früher als ‚liberal' gefeiert, jetzt als ‚sozialistisch' verketzert, gesteht sie ein, daß ihr eigenes Interesse gebietet, sie der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse ..." (Vgl. Marx/Engels Werke, Band 8, Berlin 1960, S. 154.)

[6] Habermas, a. a. O., S. 21.

der Staat ohne Parlament wieder auf der Basis des Kapitalismus funktionieren. Der Funktionswandel — bis hin zum völligen Funktionsverlust — der Legislative resultiert auch hier aus der objektiven Unfähigkeit des Kapitalismus, das System bei der Selbstregulierung des freien Marktes aufrechtzuerhalten. Seine Stabilität setzt den Staat als Instrument zur Regulierung der Wirtschaft und als wichtigsten Geldgeber unabdingbar voraus. Die Entwicklung von Planungsmaschinerien in der einen oder anderen Form institutionalisiert diese unmittelbare Verschmelzung ökonomischer und politischer Entscheidungen. Gleichwohl entwickelt sich unter diesem objektiven Zwang kapitalistischer Selbsterhaltung jene staatliche Funktion der „kollektiven Daseinsvorsorge" (Sozialgesetzgebung, Subventionspolitik, Infrastrukturpolitik), das ebenfalls — vor allem als vorbeugendes Mittel der Integration der unterdrückten Klassen — nur bei Strafe der Krise dem „freien Spiel der Kräfte" überlassen werden darf. [7]

Die postfaschistische Ära der Bourgeoisieherrschaft in Deutschland unterscheidet sich allenfalls ihrer Form, nicht jedoch ihrem Inhalt und ihrer Intention nach von ihrer Vorgängerin. Es ist zunächst bezeichnend, daß die verselbständigte faschistische Exekutive bruchlos von der Militärexekutive der Alliierten weitergeführt wurde. Der Parlamentarismus wurde erst dann der scheinbaren Verantwortung des Volkes überlassen, als die wesentlichen Entscheidungen über Struktur und Entwicklung dieses bundesrepublikanischen Staates bereits gefallen waren: Die Integration der Bundesrepublik in das antikommunistische imperialistische Bündnis, die Spaltung Deutschlands, die Verhinderung von Sozialisierung, Mitbestimmung und Planwirtschaft, die Restauration des Kapitalismus und die absolute Pauperisierung der Arbeiterklasse durch die sogenannte Währungsreform sowie das Grundgesetz wurden gegen den erklärten Willen der Werktätigen und ihrer Organisationen dekretiert. Erst auf diesem gefestigten Bündnis der deutschen Bourgeoisie mit dem alliierten Imperialismus, vor dem Hintergrund wachsender Kunjunktur war der Parlamentarismus als funktionale Institution der bundesrepublikanischen Klassengesellschaft für die Herrschenden tragbar.

Auf der Grundlage konjunkturellen Wachstums, das die Steigerung der Profitraten wie die Anhebung des Lebensstandards der Werktätigen zuließ, setzte sich in den fünfziger Jahren jene F u n k t i o n a l i s i e r u n g des Parlaments fort. Die Manipulierung der antikommunistischen Herrschaftsideologie, die Illegalisierung der KPD wie der Integrations- und

[7] Habermas, a. a. O. S. 21/22

Anpassungsprozess der SPD entzogen dem Parlament selbst die Qualität einer agitatorischen Tribüne. Mit der Notstandsgesetzgebung schließlich ist ein neues Leitungsmodell entworfen, das für den Fall von Wachstums- und Reproduktionsschwierigkeiten in Gegenwart und Zukunft den unmittelbaren, legalisierten Rückgriff auf repressive Gewalt ermöglicht. Das Parlament ist kaum mehr noch als eine durchsichtige Folie, hinter der die gesamtgesellschaftliche Kontrolle der Exekutive steht.

Der spätkapitalistische Planungskapitalismus ist seinem Wesen nach Rüstungskapitalismus. Die staatlichen Rüstungsausgaben vermitteln jenen Schicksalszusammenhang von Staat und Monopolen, von politischer Stabilität und ökonomischer Prosperität; aber auch von verbrecherischer, politischer Irrationalität (Atomrüstung, Vietnam) und permanenter ökonomischer und finanzieller Krisenbedrohung (Inflation, Arbeitslosigkeit). Der Spätkapitalismus hat keineswegs die Ursachen der weltweiten strukturellen Krise der zwanziger und dreißiger Jahre überwunden; aber gerade weil durch Überinvestition und Überkapazitäten, durch stagnierende Industriezweige und rückläufige koloniale Profitchancen der grundlegende Widerspruch des Systems immer offener zutage tritt, gerade deshalb ist der regulierende und stabilisierende Eingriff der Exekutive in den Reproduktionsprozess für den Spätkapitalismus zur Lebensfrage geworden. Das Parlament, dem ursprünglich die Funktion der Kontrolle und auch der kritischen Öffentlichkeit zugedacht war, muß entsprechend diesem imperialen Anspruch der Systemstabilität funktionieren. Es kann nicht mehr der Ort sein, in dem die widersprüchlichen sozialen und politischen Interessen repräsentiert sind; vielmehr umgekehrt: die Institution Parlament glättet die noch vorhandenen Interessenwidersprüche. Seine repräsentative Funktion ist auf die Widerspiegelung der Einheitsgesellschaft[8] reduziert, jener Einheit, die realiter doch nur in der Verschmelzung von staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaftspositionen und Entscheidungen realisiert ist. Das Jammern über die Entfunktionalisierung des Parlaments verkennt daher den unlösbaren Zusammenhang zwischen den Reproduktionsbedingungen des kapitalistischen Systems und den parlamentarischen Funktionen. Das Parlament ist nicht entfunktionalisiert, sondern funktionalisiert, d. h. in seiner Entscheidungs- und Kontrollbefugnis den Bedingungen spätkapitalistischer Reproduktion und Herrschaft angepaßt. Die bloße Phrase von der Erhaltung der parlamentarischen Demokratie wird dort zur antiquiert liberalen Forderung, wo sie den instrumentalen Charakter, den das Parlament

[8] vgl. Otto Kirchheimer: Politik und Verfassung, Ffm. (1964) S. 144

in der Klassengesellschaft hat, negiert und wo sie weiterhin das Parlament als das Herrschafts- und Entscheidungszentrum unterstellt. Diese Position verschleiert und neutralisiert offensichtlich den politischen Begriff einer demokratischen Aufhebung der Widersprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft, der jeder Strategie der Arbeiterbewegung zugrunde gelegt werden muß.[9]

Der Parlamentarismus ist also kein vorgegebenes Abstraktum, schon gar kein Ziel sozialistischer Politik. Er ist ein institutionelles Element kapitalistischer Klassenherrschaft und als solches zugleich den Wandlungen, Anpassungen und Krisen dieses historisch-gesellschaftlichen Herrschaftstypus unterworfen. Die Aufhebung dieser totalen Herrschaft schließt demnach notwendig die Aufhebung des Parlamentarismus ein. Dies setzt jedoch voraus, daß die Erkenntnis der herrschaftsverschleiernden Funktion des Parlamentarismus praktisch-politische Gewalt geworden ist.

Diese Auffassung war einst Gemeingut der deutschen Sozialdemokratie. Wenn heute der SDS allein deswegen „links von der KPD" stehen sollte, weil er den Parlamentarismus in den Kategorien der politischen Ökonomie kritisiert,[10] so befindet er sich dennoch — mehr oder weniger unfreiwillig — in „feiner", sozialdemokratischer Gesellschaft mit dem Revisionisten Eduard Bernstein, der 1906 über den Parlamentarismus geschrieben hatte:

> „Wie der Parlamentarismus da aufkommt, wo die Gliederung der Gemeinwesen nach Geschlechtsverbänden zersetzt wird durch Klassengliederung innerhalb dieser letzteren, und wie er zur vollen Ausbildung kommt, wie Klassengliederung der Gesellschaft ihren Charakter aufprägt, so muß er in dem Maße wieder zurückgehen, als das Klassenwesen selbst aufhört. Die Arbeiterklasse kann wohl vorübergehend parlamentarisch regieren, wo aber die Bedingungen ihrer dauernden Übermacht gegeben sind, kann sie gar nicht anders, als den politischen Formen ein Ende machen, mit denen allein politische Herrschaft verträglich ist. Insofern kann man sagen, daß der Parlamentarismus das spezifische Regierungssystem des besitzenden Bürgertums bezw. ein charakteristisches Institut der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist."[11]

[9] vgl. dazu: Lelio Basso: Old contradictions and new problems, in: ISJ, 15, Juli 1966, S. 251 f. und Giovanni Agnoli: Political parties and parliament in West Germany, ebd. S. 258 ff.

[10] vgl. „Bonner Depesche", hrsg. v. Vorstand der SPD, September 1967, S. 2

[11] E. Bernstein: Parlamentarismus und Sozialdemokratie, Berlin (1906), S. 60

2. *Der Parlamentarismus ist die institutionalisierte Verschleierung des Charakters der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse.*

Als gesellschaftlicher Machtfaktor stellt das Parlament geschichtlich von Anfang an die Fiktion der durch Volksvertretung verwirklichten Volksfreiheit dar. Der Dritte Stand, der durch das Parlament den Anspruch auf die Verkörperung der Volkssouveränität erhob, repräsentierte doch nur die kleinste Klasse, die Großbourgeoisie. Die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts durch das revolutionäre Proletariat hat jene Fiktion eher verschärft, als zerstört. Die möglichen Funktionen der Kontrolle und Öffentlichkeit, die an die Stelle der vorigen Identität von Vertretung und Herrschaft traten, wurden in dem gleichen Maße abgebaut, wie sich die wesentliche Mystifikation des bürgerlichen Parlamentarismus politisch verfestigte: Die Institutionen der bürgerlichen Demokratie sind so konzipiert, daß sie die Trennung der Individuen reproduzieren, die schon im Wahlmodus — in den geheim und isoliert abgegebenen, dann quantitativ aufsummierten Stimmen — vorausgesetzt ist. Sie verwehren den Individuen jede kollektive bzw. korporative Machtausübung über und Kontrolle der Organisation der Gesellschaft und lassen ihnen — als Volksherrschaft oder Volkswille ideologisch kaschiert — die bloße Möglichkeit, in einem gewissen Turnus die Macht in Permanenz an Repräsentaten zu delegieren,[12] die keinen direkten Kontakt zu den Massen haben: „Nur im Wahlakt erscheint der Wähler als „Rollenträger der Politik" (Wildenmann), während er sonst auf die politische Zuschauertribüne abgedrängt ist, ohne indes von dort alle politischen Vorgänge richtig beobachten zu können."[13]

Das Prinzip parlamentarischer Repräsentation und Delegation negiert damit unmittelbar die Massenaktion als die praktische und solidarische Willensäußerung des Proletariats. *André Gorz* hat jüngst erst wieder auf diesen Widerspruch hingewiesen, daß sozialistische Politik die direkte Mobilisierung und Aktion der Massen — notwendig außerhalb der Parlamente — zur Voraussetzung hat.[14] Das parlamentarische System ist

[12] Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen." Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Band 17, Berlin 1962, S. 340

[13] M. Baethge, H. Friedrich: Die außerparlamentarische Öffentlichkeit vor den Wahlen, nk, 31. August 1965, S. 3

[14] A. Gorz: Réforme et révolution, in: Temps modernes, No. 249, Februar 1967, S. 1348 ff.

geradezu auf die Kanalisierung und Institutionalisierung offener gesellschaftlicher Konflikte ausgerichtet; die Furcht des sozialdemokratischen Parlamentariers vom Typ *David* vor dem politischen Massenstreik mag die erfolgreiche Kanalisierung demonstrieren.[15] Das parlamentarisch-repräsentative System ist auf Leben und Tod dieser Aufgabe verpflichtet; denn dort wo die außerparlamentarische Aktion die Kraft der Umwälzung gewinnt, revolutionäre Aktion wird, dort werden auch die parlamentarischen Institutionen hinweggefegt. Kein Parlament hat bislang eine Revolution überstanden — die kollektive bewußte Praxis schafft sich eigene, unmittelbar demokratische Organe.

Dabei darf allerdings das traditionelle Modell der Räte nicht abstrakt an die gegenwärtige Situation herangetragen werden. So sehr die Räte als Organe der politischen Selbstbestimmung und der ökonomischen Selbstverwaltung der unmittelbare, organisatorische Ausdruck revolutionärer Spontaneität sind, so sind sie doch auch ein Ausdruck der jeder revolutionären Umbruchssituation eigenen Desorganisation. Die Fixierung an die Rätekonzeption weist daher drei wesentliche Schwächen auf: sie projiziert einen Typus revolutionärer Organisation auf die gegenwärtige nicht-revolutionäre Situation und birgt damit zumindest die Gefahr in sich, die aktuellen Bedingungen des Kampfes, der eine revolutionäre Entwicklung einleiten könnte, zu verschleiern; sie verkennt die bislang notwendige, transistorische Funktion der Räte im Übergang vom Sturz des Ancien Régime zur Stabilisierung der Revolution;[16] sie behindert den Begriff proletarischer Selbstverwaltung und -bestimmung, der sich allein am fortgeschrittenen Stand der Produktivkräfte (etwa automatisierte Industriesektoren) zu orientieren hätte und nicht an historisch überwundenen Organisationsmodellen.

Aber zurück zum Widerspruch zwischen parlamentarischer Repräsentanz und kollektiver, außerparlamentarischer Willensäußerung:

Die verfassungsrechtliche Entwicklung in der Bundesrepublik verdeutlicht, in welchem Maße außerparlamentarische, d. h. in erster Linie gewerkschaftliche Aktion als unmittelbare Bedrohung der parlamentarisch verschleierten und garantierten Klassenherrschaft begriffen wurde. Nicht

[15] „Die Opportunisten der deutschen Sozialdemokratie (David, Bernstein) . . . erblickten freilich die ersehnte Milderung und Zivilisierung des Klassenkampfes im Geiste kleinbürgerlich-demokratischer Illusionen, darin, daß der Klassenkampf ausschließlich zu einem parlamentarischen Kampf beschränkt und die Straßenrevolution einfach abgeschafft wird." Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Politische Schriften I, Ffm. (1966) S. 202

[16] und fällt damit auf eine Position zurück, wie sie etwa von Hanna Arendt vertreten wird. vgl. dies., Über die Revolution, München 1963, bes. S. 328 ff.

nur wurde im Grundgesetz auf die plebiszitären Momente der Weimarer Verfassung verzichtet. Damit konnte schon — so betont *Abendroth* — von Demokratie " . . . offenbar nicht mehr die Rede sein, wenn das Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, auf die Befugnis beschränkt wird, ihm gegenüber völlig unabhängige „Repräsentanten" auszuwählen, denen es, sind sie einmal bestellt, in völliger Passivität die politische Willensbildung überläßt. Durch die Wahl würden dann nur noch deren zurückliegende Entscheidungen oder deren den Wählern unbekannte Pläne für ihr künftiges Verhalten ohne Anspruch auf wirkliche Mitwirkung des Volkes akklamiert."[17]

In der Auseinandersetzung um den politischen Streik, die zwischen 1951 und 1952 um die Durchsetzung der Mitbestimmung ausgetragen wurde, spiegelte sich die Entschiedenheit der Bourgeoisie, alle außerparlamentarischen Aktionen, wenn nötig mit Gewalt, zu unterdrücken.[18] Der damalige Justizminister *Dehler* drohte schließlich öffentlich mit der Verhaftung der Gewerkschaftsführer.*Theo Pirker* schreibt in diesem Zusammenhang: „Diese Unterwerfung der Gewerkschaften war auch deshalb notwendig, weil die Bundesregierung unter keinen Umständen das Risiko auf sich nehmen konnte, daß die Gewerkschaften bei jeder wichtigen politischen Frage ihre Macht als außerparlamentarische Kontrollinstanz, sozusagen als zweite Autorität einsetzen würden. Das Grundgesetz war demonstrativ antiplebejisch, gegen jede Form des unmittelbaren Einspruchs des Volks zwischen den Wahlgängen gerichtet — in welcher Form auch immer."[19]

Die kollektive Willensbildung von unten als unmittelbarer Einfluß auf das Parlament ist zudem durch die Struktur der Parteien selbst weitgehend abgeschnitten. Das Grundgesetz hat die Parteien als Organisationen der politischen Willensbildung privilegiert.[20] Sie fungieren faktisch schon — darauf weist *Habermas* hin — als Staatsorgane,[21] die im Parlament nur noch bereits getroffene Entscheidungen registrieren lassen. Längst haben sie es aufgegeben, den souveränen Volkswillen zu delegieren. Allenfalls sind sie darauf aus, das Wahlvolk in der Mystifikation der parlamentarischen Entscheidung und der Delegation politischer Macht durch die Wahlen gefangen zu halten.

[17] W. Abendroth: Das Grundgesetz, Pfullingen (1966) S. 79
[18] vgl. dazu: W. Hirsch-Weber: Gewerkschaften in der Politik, Köln und Opladen, 1959, S. 72 ff.
[19] Theo Pirker: Die blinde Macht, I, München (1960), S. 243
[20] vgl. O. Kirchheimer: Politische Herrschaft, Ffm. (1967), S. 84
[21] Habermas, a. a. O. S. 28 ff.

Eben aber diese Aufrechterhaltung des parlamentarischen Schleiers im Bewußtsein der Beherrschten ist für eine erfolgreiche Herrschaftsmethode unerläßlich. *Agnoli* präzisiert diesen brüchigen Schein: „. . . daß ein Teil der politischen und gesellschaftlichen Oligarchien *sichtbar im Parlament* tätig (also dem Schein nach öffentlich kontrollierbar), *sichtbar vom Volke gewählt* (damit zum Herrschaftsakt demokratisch legitimiert) und *sichtbar Träger von Macht* (und in der Lage, moralisch verpflichtende Wählerwünsche durchzusetzen) ist. Wäre dem anders, würde die Bevölkerung sich gar nicht auf das parlamentarische Spiel einlassen und sie würde die Wahlen gar nicht mehr als den wesentlichen Ausdruck ihrer politischen Freiheit betrachten. Mit einem Wort: erst die Präsenz der Macht *im* Parlament (und nicht etwa die Macht *des* Parlaments) ermöglicht die Erfüllung der Aufgaben, die ihm als Organ zukommen".[23] An anderer Stelle schreibt er: „Eine unmündige Gesellschaft braucht symbolische Einrichtungen, die über keine effektive Macht verfügen, im Machtsystem jedoch spezifische Aufgaben erfüllen — ohne die also ein Machtsystem brüchig werden könnte."[24] Parlamentarische Entscheidung ist zur dünnen Fassade, zur Maskerade faktischer politischer Herrschaft degeneriert — und doch ist sie konstitutives Element der manipulativen Einstimmung der Beherrschten.

3. Die Grundlage des Parlamentarismus ist die manipulierte Unmündigkeit der Beherrschten.

Der bürgerliche Parlamentarismus berief sich einst auf die mündige und rationale Entscheidung der Individuen, die politische Macht delegieren. Nach der Erkämpfung der politischen Republik, des allgemeinen Wahlrechts also, schlug eben dieses Mittel der Emanzipation in ein Instrument konterrevolutionärer Herrschaft um.Die politische Demokratie war in den Händen der Konterrevolution, die über Jahrzehnte hinaus durch Kirche, Schule und Presse das Bewußtsein der Unterdrückten verstümmelt hatte. Die ersten allgemeinen, freien und geheimen Wahlen in der Geschichte der politischen Demokratie endeten im März 1848 in Frankreich mit dem überwältigenden Sieg der Konterrevolution.[25] Noch 1875 verzichteten die „Kommuneschlächter" in Paris auf die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts: der Sieg der Reaktion war gewiß.[26] Auguste

[23] Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie, in: J. Agnoli/P. Brückner: Die Transformation der Demokratie, Voltaire-Verlag, Berlin (1967), S. 62
[24] ebd. S. 55
[25] vgl. dazu J. L. Talmon: Politischer Messianismus, Köln/Opladen (1963) S. 402
[26] vgl. Arthur Rosenberg: Demokratie und Sozialismus, Ffm. (1962), S. 204 ff.

Blanqui hat 1848 die Kampagne der revolutionären Linken zur Absetzung der Wahlen angeführt. Unermüdlich wies er auf jenen scheindemokratischen Teufelskreis hin, in dem die psychisch und materiell Unterdrückten zur Akklamation ihrer Unterdrücker manipuliert werden.
Für die gegenwärtige Situation stellt sich die Frage des Verhältnisses von Herren und Knechten, das über den Parlamentarismus funktionalisiert wird, sehr viel differenzierter. Wo das bewußtlose Einschwören auf die periodische Bestätigung des großen Koalitionskartells zur Bedingung dafür wird, daß die Lohnabhängigen ihre faktische politische Ohnmacht ebensowenig erkennen wie die Tatsache, daß ihre organisierte Aktionssolidarität die einzige Kraft der Herrschaftsumwälzung ist, — dort müssen alle Instrumente der Herrschaft — von der Manipulation bis zur offenen Gewalt — permanent mobilisiert sein, um diese Erkenntnis und ihren Umschlag in politische Praxis, in außerparlamentarische Aktion zu verhindern. „Der Generalnenner, auf den ich diese Gesellschaft bringen möchte", folgert *Herbert Marcuse*, „ist der, daß sie eine Gesellschaft der permanenten Mobilisierung ist, der permanenten Mobilisierung aller politischen, wirtschaftlichen, technischen, kulturellen Kräfte: Mobilisierung erstens gegen den äußeren Feind, gegen den Kommunismus, zweitens gegen die eigenen Möglichkeiten des Systems. Der Feind ist innen und außen, und der innere Feind sind die eigenen Möglichkeiten des Systems, die von dem System selbst unterdrückt werden."[27]
Manipulation im vorparlamentarischen Raum ist heute die Vorbedingung dafür, daß die Fiktion parlamentarischer Autonomie und Entscheidung erhalten bleibt. Der Inhalt dieser Manipulation besteht letztlich darin, Unterdrückung als plausibel und lustvoll zu kaschieren: politische Entscheidung wird personalisierend zur Sache einer elitären Minderheit von Fachleuten erklärt;[28] die Masse wird auf Akklamation und den Konsum präparierter Politik verpflichtet, wenn sie nicht durch materielle Konsum- und Freizeitorientierung gänzlich von politischem Bewußtsein „befreit" ist. Die tendenzielle Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit ist somit für den Spätkapitalismus konstitutives Element seiner Herrschaft geworden: die Freizeit selbst wird zu der entscheidenden Sphäre, in der ökonomische (Freizeitindustrie) und politische Macht (Propaganda, Massenmedien) die Entpolitisierung der Massen garantieren müssen.[29]

[27] H. Marcuse: Perspektiven des Sozialismus in der entwickelten Industriegesellschaft, in: Praxis, 1965, 2/3, S. 262
[28] vgl. dazu etwa: Helmut Schelsky: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln/Opladen (1961), S. 28
[29] vgl. dazu: Franz Neumann: Economics and politics in the Twentieth Century, in: ders. The democratic and the authoritarian State, London (1964) S. 266 ff.

Die eingangs formulierte These, daß die Funktion des Parlamentarismus historisch auf die ökonomische Verfassung des Kapitalismus wie auf die jeweilige Ausprägung des Klassenkampfes bezogen sei, wird damit erweitert: die manipulierte Entpolitisierung der Massen ist notwendiges Korrelat der machtpolitischen Entfunktionalisierung des Parlaments. Das traditionelle Verhältnis von geplanter Verdummung des Volkes und politischer Entscheidung hat sich so in gewisser Weise umgekehrt: War früher die massenhafte Dummheit ein Garant dafür, daß die Massen das Parlament, die Parteien und das Wahlrecht nicht als e i n Mittel der Emanzipation und Organisation[30] zu erkennen vermochten, so ist heute die manipulierte Unmündigkeit der Beherrschten der ideologische Schutzwall vor der Erkenntnis, daß die Parteien und das Parlament — in ihrer gegenwärtigen Form — selbst als e i n Mittel der Unterdrückung funktionalisiert sind.

III.

Sozialistische Politik ist heute weiter als jene Positionen, die noch vor wenigen Jahren deren Ansatz in der Verwissenschaftlichung der Öffentlichkeit[31], im Sturm der linken Intellektuellen auf die Massenmedien oder in der Reflexion auf das politische Potential der „funktionellen Eliten[32] bestimmten. Sozialistische Politik hat heute ihren Ansatz in der praktisch-politischen Bewußtwerdung der fundamentalen Widersprüche, die das gesellschaftliche System in der Bundesrepublik charakterisieren: Der Widerspruch zwischen dem Anspruch der Realisierung und Verteidigung der politischen Freiheit und der Realität systematischen Abbaus der freiheitlichen Grundrechte auf Meinungsäußerungen, Demonstrationen und Streik; der Widerspruch zwischen dem Anspruch der „Wohlstandsgesellschaft" auf die umfassende materielle Bedürfnisbefriedigung aller und der Realität von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau und Unternehmerwillkür; der Widerspruch zwischen dem Anspruch auf die

[30] In diesem Sinne ist auch die Marxsche Aufforderung, das allgemeine Wahlrecht aus einem „Instrument des Betrugs" in ein »Instrument der Emanzipation" zu verwandeln, zu verstehen. Vgl. K. Marx: Einleitung zum Programm der Französischen Arbeiterpartei, in: MEW, Band 19, Berlin (1962), S. 238

[31] „Der Wissenschaft kommt im Bereiche der Öffentlichkeit eine immer stärkere Funktion zu, ihre Bedeutung wird wachsen mit dem Maße, in dem ihre Ergebnisse und die mit ihrer Hilfe erarbeiteten Konzeptionen in die Publikationsmedien und in die Öffentlichkeit umsetzbar werden." Baethge/Friedrich, a. a. O. S. 10

[32] vgl. Habermas, a. a. O. S. 53

parlamentarische Repräsentanz des „Volkswillens" und der Realität der parlamentarischen Selbstentmannung durch die Notstandsgesetze, des Parteien-Eintopf der Großen Koalition und der monopolistischen Selbstfinanzierung der Parteien aus Steuergeldern. Diese objektiven Widersprüche stellen sich in den aktuellen politischen Koflikten bereits konkret dar. Die Aufgabe der kritischen Intelligenz besteht heute nicht ausschließlich darin, diese Widersprüche aufzuspüren, ihre Latenz ins Bewußtsein der Beherrschten zu heben; vielmehr fällt ihr in den aktuellen Konflikten die Aufgabe zu, mit der Formulierung des Ziels der Aufhebung dieser Gesellschaft das aktuelle Konfliktbewußtsein mit der Perspektive des Kampfes um die Macht zu vermitteln.[33]

Dies gilt in erster Linie für die Antinotstandsagitation. Sie wird sich notwendig — wie bisher — auf verschiedenen Ebenen entwickeln müssen; das entspricht sowohl den objektiven Möglichkeiten als auch den je lokalen Gegebenheiten. Zentrum unserer Agitation ist und bleibt die Verhinderung der Notstandsgesetze. Dabei haben wir mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, die uns in dieser Forderung unterstützten. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze entwickelt in dem Maße Elemente des sozialistischen Kampfes, als die in ihm erhobenen Forderungen mit dem herrschenden System unvereinbar sind und dessen Widersprüche sichtbar machen. Bereits im vorigen Jahr hat der SDS in seiner Notstands-Resolution festgehalten, daß sich der Erfolg unseres Kampfes nicht ausschließlich an der Verhinderung der Notstandsgesetzgebung bemißt, sondern auch an dem Widerstandspotential, das in der Arbeiterklasse und der Intelligenz durch diesen Kampf gewonnen wird. Das aber umschließt die Entschleierung des parlamentarischen Fetischs, auf die jede Anti-Notstandsagitation zielen muß: Die Erkenntnis, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen parlamentarische Herrschaft nur in dem Maße besteht, als das eingestimmte Parlament seine Rolle als Schleier faktischer Entscheidungs- und Herrschaftszentren — der Sphäre, die Habermas als „vorparlamentarischen Raum"[34] bezeichnet und die personell mit dem besetzt ist, was C. W. Mills als „Power Elite" bestimmt hat — wirklich ausspielt bis hin zur Legalisierung seiner Liquidation; die Erkenntnis, daß die parlamentarisch repräsentierten Interessen heute in unüberbrückbarem Widerspruch zu den Interessen der Werktätigen stehen; die Erkenntnis, daß die „Volksvertreter" nicht die Interessen

[33] vgl. dazu bes. Wolfgang Abendroth: Zu den Problemen des Sozialistischen Zentrums und sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik, Informationen der Sozialistischen Opposition, Extra 3/67, S. 8

[34] Habermas, a. a. O. S. 24

ihrer Wähler nach oben kämpferisch vertreten, sondern umgekehrt ein heute noch unerläßliches Zwischenglied in der Durchsetzung der Herrschaft von oben nach unten, in der Disziplinierung des Volkes sind. Mit dieser praktischen Entschleierung des parlamentarischen Fetischs wird zugleich unmißverständlich ausgedrückt, daß in der Gegenwart nicht die Sozialisten die Feinde des Parlamentarismus und des Grundgesetzes sind, sondern diejenigen Parteien, die mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze das Grundgesetz beseitigen wollen und mit der Großen Koalition auch formell die Grundlagen eines demokratischen Parlamentarismus zerstört haben. Es darf zugleich kein Zweifel daran gelassen werden, daß die Sozialisten heute die entschiedensten Verteidiger des Grundgesetzes sind, da sie an der im Grundgesetz festgelegten Möglichkeiten, die soziale Demokratie auf dem Boden des Grundgesetzes zu verwirklichen, festhalten und in der umfassenden Demokratisierung von Staat und Wirtschaft die einzig wirksame Schranke gegen eine neue autoritäre Diktatur, gegen jede Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erkennen. Genau diesen Widerspruch sollte die eingangs erwähnte Aktion Mannheimer Gewerkschafter demonstrieren. Auch offene Schreiben an Abgeordnete oder das von der Delegiertenkonferenz verabschiedete Universitätsmanifest — selbst wenn deren Öffentlichkeit begrenzt ist — werden durch die Provokation offener Aggressivität oder das resignative Eingeständnis der parlamentarischen Funktionslosigkeit diese Aufgabe erfüllen. Selbstverständlich könnten in der gegenwärtigen Situation auch Parlamentarier einer sozialistischen oder einer relegalisierten kommunistischen Partei diese bedeutende Aufgabe übernehmen. Würden bereits heute sozialistische oder kommunistische Abgeordnete im Parlament den Klassencharakter der Regierungsentscheidungen oder den Bedeutungsschwund des Parlaments entschleiern[35], dann könnte damit der Einfluß auf die Mobilisierung von Teilen der Werktätigen zu außerparlamentarischer Aktion entscheidend erweitert werden. Auch die Teilnahme an Wahlkämpfen wäre „*ein* Mittel der Arbeit einer sozialistischen Partei", das „politische Selbstbewußtsein in den unterdrückten Klassen entwickeln, in Aktionen geltend machen und dadurch erweitern kann."[36]

[35] „Marx verstand es, mit den Anarchisten rücksichtslos zu brechen, weil diese es nicht vermochten, auch nur den „Saustall" des bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, besonders in Zeiten, da offensichtlich keine revolutionäre Situation vorhanden ist; gleichzeitig verstand er aber auch, eine wahrhaft revolutionär-proletarische Kritik am Parlamentarismus zu üben." W. I. Lenin: Staat und Revolution, in: Ausgewählte Werke, Band II, Berlin 1964, S. 355

[36] W. Abendroth: Zu den Problemen des Sozialistischen Zentrums, a. a. O. S. 9

Das ist die eine Ebene, die ich als die der parlamentarisch gerichteten Aktion bezeichne. Mit der „Entmachtung des traditionellen Parlamentarismus" und dem Versuch, „auch die letzten formalen Prärogative des Parlaments durch Verfassungsänderungen in autoritärem Sinne zu überwinden"[37], gewinnen zweifellos die außerparlamentarischen Krisenelemente auf der Ebene des Betriebes an Explosivität und strategischer Bedeutung. Damit stellt sich die Notwendigkeit, daß die Sozialisten gegenwärtig in den Konflikten präsent sind, in denen die Lohnabhängigen um die Erhaltung ihres Lebensstandards und die Sicherheit der Arbeitsplätze kämpfen und dort zum erstenmal seit Jahren in größerem Umfang Selbstbewußtsein und Geschlossenheit demonstrieren.[38] In dieser Auseinandersetzung besagen die Formel von der Sozialisierung[39] oder gar die vom Genossen R a b e h l als aktuell unterstellte Forderung nach der Machtübernahme nichts. Vielmehr besteht gerade hier die Aufgabe darin, „von den unmittelbaren Bedürfnissen, Hoffnungen der Arbeiterschaft auszugehen, aber sie in solchen Forderungen auszudrücken, die sowohl dem gegebenen Bewußtseinsstand der Arbeiterschaft entsprechen, ihre augenblicklichen Nöte und Forderungen zum Ausdruck bringen, als auch eine innere Dynamik entfalten, die mit dem Weiterbestehen des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Ordnung immer mehr und mehr unvereinbar wird".[40] Hier ist die Bedeutung der Notstands- und Zivildienstgesetze unmittelbar transparent zu machen. Selbst wenn sie zunächst von außen an die trade-unionistischen Interessen der Arbeiterschaft herangetragen wird, so ist sie doch — etwa in der Frage des Streiks und des Streikrechts — so unmittelbar einsichtig, daß die Möglichkeit der Vermittlung von radikal-politischem Bewußtsein objektiv gegeben ist. Nur wo sich der Kampf um die materiellen Bedürfnisse mit dem Kampf gegen staatliche und betriebliche Unterdrückung verbindet, nur dort können sich feste, kontinuierlich arbeitende Kerne bilden. Nur dort kann eine Strategie ansetzen, die aus den aktuellen Auseinandersetzungen um Lebensstandard, Arbeitsplätze und demokratische Grundrechte die Perspektive des verschärften Klassenkampfes zu begründen in der Lage ist — eine Perspektive des Kampfes, die sich auf die Macht im Staat und den Betrieben auszurichten hat und die damit auch die praktische Zusammenfassung des Kampfes an den Hochschulen und in den Betrieben wie die

[37] Ernest Mandel: Westeuropäische Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, in: Neokapitalismus, Rüstungswirtschaft, Westeuropäische Arbeiterbewegung, Frankfurt (1966), S. 92

[38] vgl. dazu den Abschnitt IV. von Gert Meyer, in: Sozialistische Politik, nk, 43

[39] vgl. dazu im Rechenschaftsbericht des BV (P. Gäng) zur 22. o. DK

[40] E. Mandel, a. a. O. S. 94/95

Aktivität der außerparlamentarischen Ein-Punkt-Bewegungen mit einschließt und zur Richtschnur der Organisationsdiskussion werden läßt. Auch für diese Diskussion gilt der folgende Hinweis von *Agnoli:*

„Eine fundamentaloppositionelle Opposition, die sich gegen die vom Verfassungsstaat geschützten Strukturen und gegen jede Art oligarchischer Transformation wendet, stört den Betrieb und kann ihn unter Umständen zerstören. Breitet sie sich aus und wird sie zu einer realen Macht, verfällt die Garantie für eine der elementaren Existenzbedingungen des politischen Staates: Für die Entpolitisierung der Massen. Zwar können Massen von sich aus das Bewußtsein entwickeln, unterdrückt zu sein und spontan zur Rebellion drängen. Zu einer konkreten Emanzipation, die die politische Struktur der Unterdrückung angreift und bricht, kommen sie dadurch nicht. Es muß auch eine organisatorische Form gefunden werden, in deren praktischer Vermittlung erst die Rebellierenden den eigenen Bereich dichotomischer Vorstellungen und des dichotomischen Verhaltens überschreiten und — statt sich bloß aufzulehnen — auch umwälzen wollen. Nur das organisierte Nein sprengt die Fesseln staatsbürgerlich-parlamentarischer Gleichschaltung und kann den Führungskonflikt wieder zu einem Herrschaftskonflikt ausweiten." [41]

Frank Deppe

[41] J. Agnoli, a. a. O. S. 73/74

Dokumentation

Die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch hat sich der Kampagne gegen den Springer-Konzern angeschlossen und bereitet ihrerseits Aktionen vor. Wir legen hiermit einen „Entwurf für Leitsätze zur Kritik autoritärer Meinungsbildung und der Rolle des Springer-Konzerns" vor, der zur Zeit in den Ausschüssen der Kampagne diskutiert wird.

Die Vorgänge um die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg in Westberlin haben schlagartig die Unterhöhlung der Demokratie an ihrem empfindlichsten Punkt beleuchtet: der Freiheit der Information und der Meinungsäußerung.

Das Pressemonopol des Großverlegers Axel Springer, der in Westberlin fast 70 Prozent aller Tageszeitungen beherrscht, hat sich als eine der entscheidenden Ursachen für die politischen Krisenerscheinungen in der Stadt erwiesen. Im Widerspruch zur allgemeinen außenpolitischen Entwicklung beharrt die Springer-Presse mit allen Mitteln auf der Ausrichtung Westberlins als Frontstadt und schürt aggressive Stimmungen gegen den Osten. Die Studenten waren in der von wirksamer parlamentarischer Opposition entblößten Stadt seit Jahren die regsamste Gruppe, die in diesem und anderen Punkten die herrschenden Verhältnisse kritisierte. Ihre, aber auch andere Nachrichten und Meinungsäußerungen, die im Widerspruch zu der politischen Propaganda der Springer-Presse standen, wurden vom Springer-Monopol systematisch unterdrückt, verzerrt und diffamiert.

Die notwendige öffentliche Auseinandersetzung über die äußere und innere Neuordnung der Stadt wurde in den gewaltsamen Kampf gegen die sich entfaltende junge Opposition abgeleitet.

Die Springer-Presse trägt einen wesentlichen Teil der Schuld am Tode Benno Ohnesorgs. Ihre Antwort auf die Erschießung war pogromähnliche Hetze gegen die Studenten Westberlins.

Die Kampagne für Abrüstung solidarisiert sich mit der Forderung der oppositionellen Studenten nach Enteignung des Springer-Konzerns. Da nicht nur in Westberlin, sondern auch in der Bundesrepublik autoritäre und anti-demokratische Erscheinungen in der Öffentlichkeit sich mehren, legt die Kampagne für Abrüstung hiermit kritische Thesen zur gegenwärtigen Situation der öffentlichen Meinungsbildung und Leitsätze zu deren Demokratisierung vor.

These 1

Der Springer-Konzern ist als die propagandistische Vorhut des aggressiven Antikommunismus das entscheidende Hemmnis für die Entwicklung einer demokratischen und sozialen Innenpolitik in der Bundesrepublik sowie für eine Politik der Entspannung und Abrüstung.

In den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Kriege erfüllte die Springer-Presse die Aufgabe, die Bedürfnisse einer in Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung aufgehenden Gesellschaft zu formulieren. Ihr »Seid nett zueinander« wurde die Formel für die soziale Scheinharmonie, in der die wirklichen gesellschaftlichen Konflikte entpolitisiert und in den Rahmen der „sozialen Partnerschaft" gepreßt wurden. Diese innenpolitische Zwangsgemeinschaft dient den Interessen der herrschenden Kräfte. Solange mit dem Wirtschaftswachstum auch die Wohlstandssteigerung der Mehrheit der Bevölkerung verbunden war, konnte sich die Springer-Presse jedoch zum Vertreter aller Schichten der Bevölkerung aufspielen und in scheinbarer politischer Neutralität stets das „gesunde Mittelmaß" vertreten.

Der aggressive Antikommunismus in der Blütezeit des Kalten Krieges wurde zum Schutzschild für den sozialen Scheinfrieden. In dem Maße aber, wie die Krisenzeiten im Innern das Ende des Wirtschaftswunders anzeigten und die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt die offene, immer brutaler werdende amerikanische Aggression in Vietnam sowie die Koexistenzpolitik der Großmächte in Europa die Fronten des Kalten Krieges verlagerten, kehrte die Springer-Presse ihre antidemokratische Funktion hervor. Sie wurde zur schärfsten Verfechterin der Maßhaltepolitik und bereitete der Großen Koalition den Weg. Nach wie vor hält sie an den Klischees des Antikommunismus fest, die angesichts der Wandlungen in den sozialistischen Ländern immer realitätsblinder und deshalb immer aggressiver vertreten werden. Wo immer sich Opposition gegen diese Politik regt, sei es gegen die Aufrechterhaltung der „Hallstein-Doktrin", sei es gegen das Verlangen nach atomarem Mitbesitz und für den Atomwaffensperrvertrag, trifft sie auf die Diffamierung durch die Springer-Presse. Dabei wird diese durch die Notwendigkeit, die „große Mehrheit" zu vertreten, gezwungen, die Minimalanpassung der Großen Koalition an die weltpolitischen Wandlungen mitzumachen. Zugleich aber schürt sie den Haß gegen alle Kräfte, welche über diese Minimalanpassung hinausgehen wollen und statt einer Entspannungspolitik der Phrase eine Entspannungspolitik der Tat fordern. Als Speerspitze der entspannungsfeindlichen Kräfte beutet die Springer-Presse immer offener jede Möglichkeit aus, neue außenpolitische Bedrohungen zu propagieren, seien es die Vorgänge in

China, sei es die Nahost-Krise. Dadurch bereitet sie seit Jahren das Klima für die Notstandsgesetze vor und versucht, jeden Schritt zur Abrüstung zu torpedieren. Je mehr andererseits Unsicherheit und Enttäuschung über die Politik der Großen Koalition und über die Versäumnisse der Vergangenheit aufkommen, desto mehr lenkt die Springer-Presse, vorweg die BILD-Zeitung, die Aggressionen auf Ersatzfeinde: Gastarbeiter, Gammler, Studenten. Das politische Interesse einer beunruhigten Leserschaft und die Suche nach den Ursachen der gegenwärtigen Veränderungen wird den Interessen der herrschenden Kräfte dienstbar gemacht: Durch die Inszenierung von Scheinkrisen (wie der »Staatskrise" vor Bildung der Großen Koalition), von Scheinkonflikten (etwa dem Gegensatz von Studenten und „der" Bevölkerung) und der Propagierung von Scheinlösungen (Große Koalition) wird verständige Einsicht in politische und soziale Verhältnisse verhindert. Die Entpolitisierung der Leser schlägt um in ihre gezielte Mobilmachung gegen jede demokratische Alternative und für die Erhaltung politischer Verhältnisse, unter denen die Krise nur noch verschärft wird. Indem die Springer-Presse die Bewußtmachung der eigentlichen Probleme und ihrer möglichen Lösungen verhindert, zersetzt sie die öffentliche Meinung und ebnet den Weg für ein autoritäres Regime. Das Presse-Imperium Springer hat die Nachfolge des Hugenberg-Konzerns angetreten, dessen Propaganda in der Weimarer Republik der faschistischen Machtergreifung den Boden bereitet hat. Wie jene Propaganda hat auch die Gewalt der Springer-Presse ihr Fundament in autoritären Eigentums- und Verfügungsprivilegien weniger Pressemagnaten über die öffentliche Meinung.

These 2

Wirtschaftliche Konzentration, Oligopol- und Monopolbildungen in der Presse machen das Grundrecht auf Freiheit der Information und Meinungsäußerung zur Farce.

Die Konzentration im Pressewesen hat in den letzten Jahren stark zugenommen und setzt sich gerade in jüngster Zeit rasch fort. Im gesamten Bundesgebiet steht der Springer-Konzern an der Spitze dieser Bewegung. In ihm ist die größte publizistische Macht eines Privatmannes konzentriert. Axel Springer verfügt über 39 Prozent der gesamten deutschen Tagespresse, über 82 Prozent der überregionalen Tagespresse und über 90 Prozent aller Sonntagszeitungen. Mit der Rundfunk- und Fernsehzeitschrift „Hör zu", die in einer Auflage von 4,5 Millionen erscheint, ist die größte Illustrierte Europas in seiner Hand. Alle bedeutenden Jugendzeitschriften der Bundesrepublik gehören dem Konzern, der auch in der Sparte der „Soraya"-Blätter mit 28 Prozent der Gesamtauflage die stärkste Position einnimmt.

Springers Presseimperium ist jedoch nur die größte und führende, nicht die einzige Machtballung in der Presse. Zwei Drittel aller Tageszeitungen werden von weniger als 50 redaktionellen Leitstellen bestimmt. Die Zahl selbständiger Zeitungen und Redaktionen sinkt rapide. Über die Hälfte der Gesamtauflage großer Zeitschriften und Illustrierten werden von fünf Großverlagen beherrscht, die damit 25 Millionen Exemplare wöchentlich publizieren.

Die großen wirtschaftlichen und publizistischen Machtblöcke können die rationellsten Produktions- und Vertriebsformen anwenden. Sie bedienen sich der geschäftlich effektivsten publizistischen Mittel und erobern sich so mehr und mehr ein Übergewicht, das die kleineren Verlage und Publikationen ruiniert.

Das Grundgesetz garantiert in Artikel 5 jedermann das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Diese Freiheitsrechte sind jedoch nicht mehr gewährleistet, wenn aufgrund privatwirtschaftlicher Machtballungen eine ganz kleine Zahl von Pressemagnaten, unter denen Springer eine dominierende Rolle spielt, letztlich darüber entscheidet, was veröffentlicht wird und wer seine Meinung publizieren kann. Die wirtschaftliche und politische Machtfülle der Großverleger hat bereits dazu geführt, daß diese unter Führung Axel Springers Ansprüche auf Beteiligung am Rundfunk und Fernsehen erheben und die Teilprivatisierung der Rundfunkanstalten verlangen. Dabei haben sich die Verleger nicht gescheut, die Pressefreiheit als ihr exklusives Recht darzustellen und für ihre privaten Interessen einen besonderen Verfassungsauftrag in Anspruch zu nehmen.

Die private Pressewirtschaft macht das Grundrecht der Informations- und Meinungsfreiheit zum Exklusivrecht weniger Großbesitzer und verkehrt es in sein Gegenteil.

These 3

Die Organisation der Presse als private Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch Inserate der Industrie- und Verbrauchswerbung bringt sie in wirtschaftliche Abhängigkeit, verdrängt die vernünftige Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten und überzieht das Publikum mit Vorurteilen, Klischees und Ressentiments, die seine Urteilskraft zerstören.

Die privatkapitalistische, auf maximale Gewinnerzielung ausgerichtete Organisationsform der Presse hat tiefgreifende Wirkungen auf ihren Inhalt. Viele Blätter existieren überhaupt nur aufgrund der Gewinnabsicht. So die illustrierten Wochenblätter der Farah-Dibah/Soraya-Garnitur, die nur für Geld und um Geld gemacht werden. Ein vernünftiges Bedürfnis gibt es für sie nicht. Zwar finden sie Käufer, weil viele Menschen keine Erfüllung ihrer Wünsche finden und ihnen dort Ersatzbefriedigung angeboten wird.

Mit Intimitäten, Hof- und Klatschberichten, klischeehaften Geschichten bauen diese Blätter eine Traumwelt auf, mit der sie die unerfüllten Sehnsüchte ihrer Leser ausbeuten und in Illusionen ableiten. Sie verhindern damit erst recht, daß die Menschen sich über ihre Probleme klar werden und die Ursachen erkennen, die ihnen die Erfüllung ihrer Wünsche versagen.

Es ist aber nicht allein die Soraya-Presse, die sich solcher Mittel bedient. Von den Illustrierten bis zur BILD-Zeitung finden sich überall solche Erscheinungen. Sie sind das Produkt der privatwirtschaftlichen Organisation der Presse.

Diese ist heute untrennbar mit der großen Wirtschaftswerbung verknüpft. Nicht mehr die Leser, sondern die Inserenten sind die entscheidenden Finan-

ziers der Presse. Bei den Tageszeitungen werden 60 bis 70 Prozent der gesamten Kosten durch den Anzeigenverkauf finanziert und bei der übrigen Presse ist das Verhältnis noch ungünstiger. Aus der Wirtschaftswerbung, die jährlich die gigantische Summe von 10 Milliarden DM ausgibt, fließen der Presse etwa 4 Milliarden Mark zu. Das Werbegeschäft ist in den letzten Jahren lawinenartig angeschwollen. Das Interesse der großen Wirtschaftsunternehmungen am Ausbau ihrer Konsum-Märkte hat eine riesige Industrie geschaffen, die mit raffinierten Mitteln Bedürfnisse zu wecken und auf die Produkte der Industrie auszurichten sucht. Mittels Rundfunk, Presse, Fernsehen, Film etc. dringen die geheimen Verführer in jede Familie, in die innere Welt jedes Menschen. Der größte Teil der Presse ist durch die Werbung finanziell an die Interessen der Großindustrie gebunden. Ohne die Anzeigenplantagen der Markenartikel ist ein größeres Blatt nicht mehr existenzfähig. Beim größten Teil der Presse ist der redaktionelle Teil zum Vehikel degradiert, das die Anzeigen verkäuflich machen soll.

Diese Abhängigkeit der Presse entzieht die Macht der Großindustrie und deren wirtschaftliche und politische Aktionen weitgehend der öffentlichen Kritik.

So wie die Konsum-Werbung der zwanghaften Verführung der Leser zum Kauf dient und nicht der vernünftigen Information über Gebrauchsgegenstände, so ist auch die Geschäftspresse selbst mit Inhalten durchzogen, die den Leser desorientieren und ihm psychologisch wie ideell vernünftiges Urteilen erschweren.

Geschäftspresse und Konsumpropaganda sind zum Hemmnis und zur Gefahr für gesellschaftlichen Fortschritt geworden, weil sie die Urteilskraft der Bevölkerung mindern und an seine Stelle ein Gemenge zwanghafter, unselbständiger und brutaler Einstellungen setzen, das den Nährboden autoritärer und aggressiver Ideologien abgibt.

These 4

Die Unterstellung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritär eingestellter Verwaltungskörperschaften bei ungenügender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert die Kritikfähigkeit der Publizistik.

Zahlreiche hervorragende Journalisten wurden von den Rundfunk- und Fernsehanstalten und der Presse aufgrund politischer Konflikte ausgeschieden und haben keinen festen journalistischen Arbeitsplatz mehr bekommen. Unter dem Druck von Parteien und Interessenverbänden mußten die Intendanten verschiedener Funkhäuser gegen die in den Redaktionen vorherrschenden Meinungen personelle Veränderungen vornehmen, obwohl sich die jeweils inkriminierten Äußerungen durchaus im Rahmen des Rechts auf freie Meinungsäußerung hielten.

Ähnliche Beispiele sind aus den Zeitungsredaktionen der Großverlage bekannt. Im Maße der Monopolisierung des Pressewesens und der Verringerung der Redaktionen wird die Chance der einzelnen Journalisten geringer, andere Arbeitsstellen zu finden.

Diese Verhältnisse müssen sich aber weit über die Verdrängung einzelner Journalisten hinaus auf die gesamten

Redaktionen negativ auswirken. Sie dämpfen die Selbständigkeit und das Selbstbewußtsein der Journalisten und fördern opportunistische Einstellungen. Das Arbeitsrecht der Presse bietet keinen nennenswerten Schutz für die geistige Freiheit der Journalisten. Der Eigentümer eines Pressekonzerns kann die bei seinen Blättern wirkenden Journalisten nach Belieben auswechseln und sie im Arbeitsvollzug hierarchischer Gewalt unterstellen. Dem Journalisten bleibt lediglich das besondere Recht, seinen Arbeitsplatz aufzugeben, wenn der Besitzer der Publikation das Programm ändert.

Da selbst die „unabhängigen, überparteilichen" Zeitungen als Tendenzbetriebe gelten, entfallen für die Belegschaften selbst die bescheidenen Rechte wirtschaftlicher Mitbestimmung aus dem Betriebsverfassungsgesetz. Die Betriebsräte haben damit noch nicht einmal das Recht, bei Einstellungen und Entlassungen informiert zu werden. Alle diese Momente garantieren in keiner Weise die Pressefreiheit, die liberales Recht einst gerade den Journalisten sichern wollte.

These 5

Die undemokratische Verfassung und die geschäftliche Ausrichtung der Presse ermöglichen und verstärken autoritäre Inhalte und Formen der politischen Publizistik.

Der Vorrang der Absatz- und Gewinnmaximierung bei der Produktion fast aller Presseerzeugnisse hat die Voraussetzungen mit geschaffen, unter denen auch die politische Publizistik sich in großen Teilen von ihrer ursprünglichen demokratischen Aufgabe entfernt hat, Forum der kritischen Auseinandersetzungen selbständiger Bürger über die öffentlichen Angelegenheiten zu sein. Das Vordringen der von persönlichen Geschichten geprägten Bilderpresse in den Bereich der politischen Publizistik manifestiert sich beispielhaft an der BILD-Zeitung Springers.

Sie unterrichtet ihre Leser nur noch am Rande über die täglichen Ereignisse von öffentlichem Interesse. Soweit sie es tut, sind ihre Informationen derart beschränkt, daß der Leser sich ganz und gar auf das politische Urteil verlassen muß, das ihm die Zeitung offen oder versteckt mitliefert.

Die in der BILD-Zeitung geprägte Form des Journalismus ist in sich undemokratisch. Das erstreckt sich jedoch längst auch auf andere Blätter, wie z. B. DIE WELT aus demselben Konzern. Unter dem Schein der Objektivität werden die äußeren Akte politischer und sozialer Entwicklung dargestellt, als seien sie die Wirklichkeit. Politische Vorgänge erscheinen als private Angelegenheiten einiger Berufspolitiker.

Nachrichten werden wiedergegeben, als sei kein Zweifel an ihrer Vollständigkeit, Auswahl und Wichtigkeit möglich. Sie werden derart vereinzelt, daß der Leser kaum mehr in der Lage ist, den Zusammenhang mit den allgemeinen Verhältnissen herzustellen, ohne deren Kenntnis die einzelne Nachricht nichts zur Urteilsbildung besagt.

Diese scheinbar objektive Berichterstattung ist durch und durch autoritär, weil sie die Nachrichten so auswählt, wie es ihrer politischen Meinung günstig ist, ohne daß der Leser dies kontrollieren könnte. Die auf diese Weise

verfestigte autoritäre politische Publizistik wird durch die verbreitete Praxis ergänzt, daß Kommentare sich mit Vorgängen und politischen Auffassungen beschäftigen, über die kaum einmal berichtet wurde.

Seit Jahren verschweigt ein großer Teil der Presse systematisch die Äußerungen politischer Opposition außerhalb des Parlaments. Selbst die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg in Westberlin wurde erst unter dem Eindruck der Protestbewegung der Studenten, die sich auf eigene Informationsmittel stützte, zum Gegenstand politischer Berichterstattung.

»Führende Tageszeitungen", wie die FAZ und die WELT haben jüngst mit gänzlich sachfremden, auf die Erweckung von Haß zielenden Kommentaren über die Opposition gegen die Notstandsgesetze geurteilt, von der sie in ihrer Berichterstattung vor dem ernstlich überhaupt nicht Kenntnis genommen hatten.

Unter diesen Umständen erregt es kein Aufsehen, auch keine Kritik anderer Blätter, wenn die WELT des Axel Springer die Niederschlagung der griechischen Demokratie durch einen Militärputsch propagandistisch unterstützt. Der FAZ tut es bei ihren Lesern aus dem Bildungsbürgertum keinen Abbruch, wenn sie jede weitere Eskalation der US-Aggression in Vietnam befürwortend kommentiert. Diese Praktiken machen die Gesamtdarstellung der heutigen Welt in dieser Publizistik zur Lüge, auch wo die Detail-Berichterstattung sich auf Tatsachen stützt.

These 6

Die durch die Große Koalition auf die Spitze getriebene Ausschaltung parlamentarischer Opposition verschärft den Druck der herrschenden Gewalten auf die Öffentlichkeit; aus der öffentlichen Meinung unabhängiger Bürger wird mehr und mehr die veröffentlichte Meinung der herrschenden Kräfte.

Der allgemeine Verfall politischer Opposition und die mit der Großen Koalition auf die Spitze getriebene Kritiklosigkeit des Parlaments bringen die Gefahr herauf, daß der ohnehin eng gezogene Pluralismus der Meinungsäußerungen und das den öffentlichen Körperschaften des Rundfunks und Fernsehens bisher vom Staat und den Parteien zugestandene Maß an Unabhängigkeit noch weiter eingeschränkt wird.

Schon jetzt ist die Verflechtung der Legislativ- und Exekutivorgane mit den Aufsichtsorganen der Rundfunk- und Fernsehanstalten eng. Der Föderalismus des Rundfunkwesens erschwert die Reduktion ihrer Meinungsbreite auf die Politik der Regierung und ihrer Parteien. Je fester sich jedoch die Koalition etabliert und je länger sie währt, desto mehr wächst die Gefahr weiterer autoritärer Eingriffe.

Wozu bundesrepublikanische Parlamente in der Lage sind, zeigt nicht erst der Handstreich, mit dem der Saarländische Landtag in trauter Eintracht der Parteien die Einrichtung eines privaten Werbefernsehens ermöglicht hat.

Von zwei Seiten wird die Unabhängigkeit der Rundfunk- und Fernsehanstalten bedroht: Vom Staat und den Parteien über ihre Verwaltungskörperschaften und von den Expansionswünschen der Großverleger, die sich zur Erfüllung ihrer Wünsche gleich-

falls mit den Parteien zu verbünden suchen.

Auch ohne direkte institutionelle Eingriffe und Veränderungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen hat der Verfall politischer Opposition und die Bildung der Großen Koalition einschneidende Verengungen der Meinungsbreite und der Kritikfähigkeit der Presse mit sich gebracht.

Ihre Orientierung an Regierung, Parlament und Parteien führt nicht nur dazu, daß die nun weitgehend außerhalb des Parlaments agierende Opposition und ihre Äußerungen geringschätzig behandelt werden, auch die Berichterstattung über die „offizielle" Politik beschränkt sich in den meisten Fällen bloß auf unkritische Wiedergabe der Darstellungen der beamteten Instanzen und ihrer Sprecher. Da diese selbst Politik in der Form von Werbeslogans, Histörchen und unter sentimentalen Symbolen „verkaufen", wird aus politischer Nachrichtengebung vielfach eine Art von Hofberichtersattung, die privates Beiwerk wichtiger erscheinen läßt als sachliche Vorgänge.

Die Massenmedien haben zu einem großen Teil selbst auf die Funktion verzichtet, derentwegen ihre Freiheit geschützt ist: Wirksame Kritik der öffentlichen Gewalten. Regierungen, Verwaltungen, Parteien usw. wirken mit ihrer Informationspolitik in dieselbe Richtung. Obwohl die Pressegesetze der Länder der Presse einen Informationsanspruch gegenüber Regierungsstellen und Behörden geben, verfahren diese bei der Vergabe von Informationen nach eigenem Gutdünken und informieren vorzugsweise Journalisten, die sich durch ihr Wohlverhalten ausgezeichnet haben.

Unter diesen Umständen droht den noch verbliebenen kritischen demokratischen Kräften der Publizistik das Schicksal der politischen Opposition: Von wirksamer Publizität ihrer Anschauungen ausgeschaltet zu werden.

Wenn es
um
Drucksachen
geht

sei es
des Termines
oder der
Qualität wegen

DRUCKEREI
ALFRED W. DUNKER

6 Frankfurt am Main
Lange Straße 31
Telefon 28 25 64

Zeitschrift für Kultur und Politik

Oktober/November 1967
erscheint zweimonatlich

Aus dem Inhalt:

TB stellt zur Diskussion

Fred Margulies: Demokratie — gibt es das schon?

Interview mit Professor Markuse über Repression und Rebellion

Michael Reiman: Krise der Macht
(Die entscheidenden Tage der russischen Revolution)

Probleme der sozialistischen Kulturpolitik
(Briefwechsel zwischen Akademiemitglied A. I. Konrad und Professor Arnold Toynbee)

Vietnam
Die hippokratische Revolte

Schriftstellerkongreß in der CSSR
Josef Grosel: Die Debatte dauert an
Auszüge aus den Kongreßdokumenten

Hans G. Helms: Mittelstand — Sein und Bewußtsein

Anschrift:

tagebuch, Wien, A 1200, Höchstädtpl.

Einzelpreis: DM 2,20 — Jahresabonnement: DM 12,60